



## **P R O T O K O L L**

**38. Sitzung des Landrates  
des Kantons Basel-Landschaft**

**Liestal, 17. Dezember 1992**

**10.00-12.00 / 14.00-17.00 Uhr**

**Abwesend Vormittag:**

Franz Ammann, Rudolf Keller, Andres Klein, Gerold Lusser und Roger Moll

**Abwesend Nachmittag:**

Andres Klein, Gerold Lusser, Roger Moll und Dorothee Widmer

**Kanzlei:**

Walter Mundschin

**Protokoll:**

Alex Achermann, Maritta Zimmerli und Hans Artho

---

**STICHWORTVERZEICHNIS**

Budget 1993 .....	1723, 1733
Budgetanträge .....	1723, 1733
Dringlichkeit:, Frage der .....	1732
Dringlichkeit:, Frage der .....	1730
Fragestunde .....	1744
Mitteilungen .....	1733
Persönliche Vorstösse, Begründung .....	1731
Spital-Freizügigkeit	
Übergangslösung .....	1748
Überweisungen des Büros .....	1731

**TRAKTANDEN**

3. 92/197  
Berichte des Regierungsrates vom 22. September 1992 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 1992: Budget 1993  
*beschlossen* 1723/1733

4. 92/197-1 bis 92/197-27  
Berichte des Regierungsrates vom 17. November 1992 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 1992: 27 Budgetanträge zum Voranschlag 1993  
*alle behandelt* 1723/1733

4a. 92/281  
Postulat der Grünen Fraktion vom 16. Dezember 1992: Übergangslösung für Spital-Freizügigkeit  
*überwiesen* 1748

8. 92/279  
Fragestunde  
*alle Fragen beantwortet* 1744

**Folgende Traktanden wurden nicht mehr behandelt:**

5. 92/232  
Bericht des Regierungsrates vom 27. Oktober 1992: Jahresprogramm des Regierungsrates für das Jahr 1993. Direkte Beratung

6. 92/257  
Bericht des Regierungsrates vom 17. November 1992: Aenderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes und der Verordnung; Landratsbeschluss über die Bereitstellung von Mitteln aus dem Fonds für Wirtschaftsförderung gemäss Buchstabe D<sup>bis</sup> des Wirtschaftsförderungsdekretes. 2. Lesung der Gesetzesänderung. Direkte Beratung

7. 92/206  
Berichte des Regierungsrates vom 29. September 1992 und der Bau- und Planungskommission vom 27. November 1992: Ausbau der Lösch- und Kühlwasserversorgung im Auhafen Muttenz; Bewilligung eines Verpflichtungskredites für den kantonalen Anteil am privaten Ausbauprojekt im Auhafen Muttenz

9. 91/66  
Postulat von Lukas Ott vom 18. März 1991: Kantonale Massnahmen zur Anpassung der Tierhaltung an das Tierschutzgesetz; Vollzug des eidgenössischen Tierschutzgesetzes

10. 91/84  
Postulat von Eva Rüetschi vom 11. April 1991: Uebernahme der Schule für Spitalberufe in die Erziehungsdirektion; Neueinstufung der an der betreffenden Schule tätigen Lehrerinnen und Lehrer

11. 91/130  
Postulat von Roger Moll vom 10. Juni 1991: Artenschutz der Fische

12. 91/144  
Motion von Frank Deppeler vom 20. Juni 1991: Aenderung des Gesetzes über die politischen Rechte im Bereich D. Wahlen, Verhältniswahlverfahren

13. 91/227  
Postulat von Peter Brunner vom 16. Oktober 1991: Einführung von Namens- bzw. Parteilisten bei Majorzwahlen

14. 91/161  
Motion von Dorothee Widmer vom 1. Juli 1991: Ausarbeitung und Erlass einer Verordnung, die analog zur Patienten/Patientinnen-Verordnung die Rechte von Bewohnern und Bewohnerinnen von Alters- und Pflegeheimen regelt

15. 91/194  
Postulat von Peter Brunner vom 9. September 1991: Ueberprüfung der kantonalen Gesetze und Verordnungen auf ihre aktuelle Zweckmässigkeit bei der beruflichen, sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung behinderter Menschen

16. 91/214  
Motion von Paul Thüning vom 25. September 1991: Erlass eines Gesetzes zum Schutz und zur Unterstützung der Familie

17. 91/216  
Interpellation der FDP-Fraktion vom 25. September 1991: Der Kanton Basel-Landschaft und das Projekt "Trinationales Messezentrum" der Schweizer Mustermesse, Basel. Antwort des Regierungsrates

18. 92/88  
Motion von Ruth Greiner vom 9. April 1992: Bessere Anstellungsbedingungen für Betreuer und Betreuerinnen im Asylbereich

19. 92/209  
Postulat der CVP-Fraktion vom 19. Oktober 1992: Verwirklichung der Partnerschaft zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt

Nr. 1109

### 3. 92/197

**Berichte des Regierungsrates vom 22. September 1992 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 1992: Budget 1993**

### 4. 92/197-1 bis 92/197-27

**Berichte des Regierungsrates vom 17. November 1992 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 1992: 27 Budgetanträge zum Voranschlag 1993**

**BRUNO WEISHAUP:** Wir haben gestern die Beratungen zum Konto Personalkosten (allgemeine) beendet. Es liegt dazu noch ein neuer Antrag vor. Ich erteile dem Antragsteller das Wort.

**ROLAND LAUBE:** Mein Antrag hat nichts zu tun mit der gestern beschlossenen Reduktion des Teuerungsausgleichs. Es geht mir nur um die Budgetwahrheit. In der regierungsrätlichen Vorlage zum Budget ging die Exekutive von 4 % Teuerung aus. Wir wissen heute, dass die massgebliche Teuerung nur 3,3 % beträgt. Dies entspricht einer Reduktion der Personalkosten um ca. 7 Mio. Franken. Ich beantrage, eine entsprechende Pauschalreduktion ins Budget aufzunehmen.

REGIERUNGSRAT **HANS FÜNFSCHILLING:** Mit dieser Korrektur kommen wir der Budgetwahrheit ein Stück näher.

://: Mit grossem Mehr wird beschlossen, die Pos. 2175/301.00-5 pauschal wegen der tieferen Teuerung um 7 Mio. Franken zu reduzieren.

**Position 2219/301.20** Kantonales Fürsorgeamt, Koordination Asylbewerber, Löhne

**BRUNO WEISHAUP:** Die Finanzkommission beantragt, die Position Löhne des Kantonalen Fürsorgeamtes, Koordination Asylbewerber, um 72'800 Fr. auf 545'000 Fr. zu reduzieren.

**RUTH GREINER:** Ich wehre mich gegen diese Reduktion. Die Aufgaben in diesem Bereich werden nicht im gleichen Ausmass zurückgehen. Ich möchte zudem darauf hinweisen, dass die Entlohnung der Betreuerinnen und Betreuer so schlecht ist, dass sie angehoben werden sollte.

**KLAUS HILTMANN:** Bei dieser Position wurde wahrscheinlich vom Amt her zu spät die richtige Zahl eingegeben. Deshalb beantragt die Finanzkommission eine Kürzung dieser Position. Es geht also nicht um einen Stellenabbau. Es geht nur um eine Korrektur, die im vollen Einvernehmen mit dem Fürsorgeamt erfolgt.

://: Mit grossem Mehr wird die beantragte Reduktion der Pos. 2219/301.20 um Fr. 72'800.-- auf Fr. 545'000.-- zugestimmt.

**Position 2219/365.90** Kantonales Fürsorgeamt, Koordination Asylbewerber, Beiträge an Organisationen (Budgetpostulat 92/197-6)

**PETER BRUNNER:** Es geht nicht an, dass in einer Zeit allgemeiner Sparbemühungen gewisse Organisationen ausgenommen werden. Durch die Abnahme der offiziellen Zahl der Asylbewerber werden auch die Aufgaben verschiedener Organisationen im Asylbereich kleiner.

Wir beantragen deshalb, die Beiträge an Organisationen im Asylbereich um 20'000 Fr. auf neu 50'000 Fr. zu reduzieren.

://: Mit grossem Mehr wird der Antrag abgelehnt.

**Position 2225/365.70** Forstamt, kantonale Beiträge an private Waldeigentümer (Budgetpostulat 92/197-26)

und

**Position 2225/362.70-2** Forstamt, Kantonsbeiträge an Zwangsnutzungen und Wiederinstandstellungsprojekte (Budgetpostulat 92/197-27)

**HANS SCHÄUBLIN:** Ich spreche zu meinen beiden Budgetanträgen und bitte sie um ihre Unterstützung. Die bewilligten Bundesmittel sind - u.a. wegen der Behebung von Sturmschäden - bereits aufgebraucht. Dies wirkt sich in unserem Kanton recht massiv aus. Die Pflegebeiträge wurden vom Bund um die Hälfte reduziert. Verschiedene Private haben sich auf diese Beiträge eingerichtet. Werden keine Beiträge mehr bezahlt, müssen verschiedene notwendige Arbeiten gestrichen werden. Die Erlöse aus der Verwertung von Laubbäumen haben sich zudem um etwa ein Viertel reduziert. Die Laubhölzer wurden in unserer Gegend arg in Mitleidenschaft gezogen. Mit den kantonalen Beiträgen sollen die Strukturen von privaten Betrieben erhalten werden. Forstbetriebe könnten auch Arbeitslose beschäftigen. Falls sie keine Beiträge erhalten, ist dies aber nicht möglich.

**ROLF EBERENZ:** Die Finanzkommission hat die Haltung der Regierung unterstützt. Aus der vorgesehenen Holzschnitzelverwertung werden starke Impulse auf die Arbeits- und Wirtschaftsförderung ergehen. Es soll deshalb kein weiterer Betrag mehr gesprochen werden. Wir unterstützen die ablehnende Stellungnahme der Regierung.

**JOSEF ANDRES:** Ich möchte die Frage an Hans Schäublin richten, ob nicht für die Abgeltung von Sturmschäden die Landschaftsversicherung zum Zuge kommt?

**HANS SCHÄUBLIN:** Selbstverständlich wird von der Landschaftsversicherung etwas übernommen. Dies wird aber an den Beiträgen wieder in Abzug gebracht. Zur Schnitzelheizung möchte ich bemerken, dass es sich dabei um eine gute Sache handelt. Aber sie reicht nicht aus, um alles abzudecken. Die Pflegeleistungen müssen wir so oder so erbringen. Vor allem die Jungwälder müssen gepflegt werden.

://: Mehrheitlich wird der Budgetantrag von Hans Schäublin betreffend Erhöhung der Position 2225/365.70, Forstamt, kantonale Beiträge an private Waldeigentümer um Fr. 100'000.-- auf Fr. 204'000.-- abgelehnt.

://: Mehrheitlich wird der Budgetantrag von Hans Schäublin betreffend Erhöhung der Position 2225/362.70-2 Forstamt, Kantonsbeiträge an Zwangsnutzungen und Wiederinstandstellungsprojekte um Fr. 500'000.-- auf Fr. 1'201'000.-- abgelehnt.

**Position 2225.317.10** Forstamt, Spesenvergütung

**BRUNO WEISHAUPT:** Die Finanzkommission betragt, die Position um Fr. 10'000.-- auf Fr. 37'000.-- zu reduzieren.

://: Mit grossem Mehr wird der beantragten Reduktion um Fr. 10'000.-- auf Fr. 37'000.-- zugestimmt.

**Position 2226/366.00-7** Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA), Einsatzprogramm für Arbeitslose (Budgetpostulat 92/197-7)

**PETER BRUNNER:** Auf Bundesebene soll ein neues Gesetz in Kraft treten, welches die Beitragsleistungen reduziert, jedoch Ausnahmen von der Reduktion zulässt, falls jemand an Einsatzprogrammen teilnimmt. Die Langzeitarbeitslose sollten vermehrt in Einsatzprogrammen beschäftigt werden können. Das heisst aber auch, dass wir vom Kanton aus vermehrt Einsatzprogramme anbieten müssen. Dies bedingt eine entsprechende Beitragserhöhung für Einsatzprogramme für Arbeitslose um Fr. 850'000.-- Fr. auf Fr. 1'500'000.--. Es gibt auch die Möglichkeit, dass wir dies über einen Nachtragskredit erledigen. Weitere Einsatzprogramme müssen nun aber durchgeführt werden. Ich bitte sie, meinen Vorstoss zu unterstützen.

://: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

**Position 2300/361.50-1** Direktionssekretariat BUD, Beiträge an Interkantonale Institutionen und einzelne Organisationen (Budgetpostulat 92/197-8)

**RETO IMMOOS:** Die Erklärungen der Regierung zu meinem Budgetantrag veranlassen mich, den Antrag zurückzuziehen.

://: Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Budgetantrag von Reto Immoos zurückgezogen worden ist.

**Position 2300/318.20-2** Direktionssekretariat BUD, Pilotprojekt Car-Pooling

**BRUNO WEISHAUPT:** Die Finanzkommission beantragt, die Pos. 318.20-2 um Fr. 23'500.-- auf Fr. 90'000.-- zu vermindern.

://: Der beantragten Reduktion um Fr. 23'500 auf Fr. 90'000.-- wird mehrheitlich zugestimmt.

**Position 2312** (laufende Rechnung) Tiefbauamt, Neu- und Ausbau von Strassen, Brücken und Nebenanlagen (Teil A des Budgetpostulates 92/197-9 und Anträge der Finanzkommission)

**BRUNO WEISHAUPT:** Roland Laube beantragt, unter Position 2312/399.00 eine Pauschalreduktion des Aufwandes unter Pos. 2312 um Fr. 500'000.-- vorzunehmen. Die Finanzkommission verlangt zum gleichen Konto eine Verminderung der Pos. 314.30 um Fr. 200'000.--. Diese Anträge bilden die Ausgangslage für die Diskussion.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Ich möchte zu den Anträgen der Finanzkommission, die das Tiefbauamt betreffen, gesamthaft sprechen. Wir haben den Auftrag der Finanzkommission ausgeführt, 2 Mio. Fr. Kürzungen auf die Konten 2313, 2314 und 2312 zu verteilen. Ich stehe nicht hinter diesen Kürzungen. Sie müssen unser Strassennetz in Betracht ziehen, um zu sehen, was wir überhaupt an betrieblichem und baulichem Unterhalt noch machen können. Wenn sie selber an ihren Häusern oder ihren Plätzen so viel machen, wie der Kanton,

machen sie sehr wenig. Sie reduzieren das noch um 2 Mio. Franken. Ich sehe, dass sie irgendwo Opfer verlangen. Ich werde mich entschieden dagegen wehren, wenn sie auch noch an den Investitionen Abstriche machen wollen. Ich erhalte heute die grösste Gegenleistung für die eingesetzten Mittel, die ich je erhalten habe, seit ich auf der Baudirektion bin. Ich bitte sie, dies zu bedenken, wenn sie über all die Beträge beschliessen.

**ROLAND LAUBE:** Ich möchte auch zu all meinen Anträgen sprechen. Mit der Annahme der Verkehrssteuerrabatt-Initiative hat das Volk klar signalisiert, dass dem privaten Strassenverkehr finanzielle Mittel entzogen werden sollen. Mir ist klar, dass dies angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt eine harte Massnahme ist. Aus diesem Grund möchte ich dem Regierungsrat beliebt machen, das Investitionsvolumen im Hochbau zu erhöhen, falls meine Budgetanträge angenommen werden sollten. Dort besteht tatsächlich ein Nachholbedarf. Zur regierungsrätlichen Begründung der ablehnenden Stellungnahme: Ich finde es betrüblich, dass massgebliche Mitarbeiter des Tiefbauamtes nichts von einer Strassenrechnung wissen. Es gibt mir zu denken, wenn Dinge, die einem nicht in den Kram passen, einfach totgeschwiegen werden. In Zusammenhang mit den Beratungen zum Verkehrssteuerrabatt wurde von der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion eine Strassenrechnung für den Kanton vorgestellt, die zeigte, dass vor Annahme der Initiative die Strassenrechnung ein Defizit von 40 Mio. Franken aufwies. Dieser Betrag hat sich nun um 12 Mio. Franken erhöht. Mir geht es mit meinen Vorstössen darum, den Auftrag des Volkes aufzunehmen, und im Bereich des Strassenbaus 12 Mio. Franken einzusparen.

**ROBERT SCHNEEBERGER:** Ich bitte sie, den Antrag der Finanzkommission zu unterstützen. Dagegen sollten sie auf die Anträge von Roland Laube nicht eintreten. Eine Annahme dieser Anträge würde in Widerspruch stehen zur Sondersitzung betr. Arbeitslosigkeit. Die Kürzungen hätten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. V.a. kleinere und mittlere Unternehmen sind auf Aufträge des Kantons angewiesen. Die Automobilisten bezahlen einen Grossteil der Kosten des Strassenbaus selber. Der öffentliche Verkehr kostet den Steuerzahler zudem sehr viel mehr.

**ALFRED ZIMMERMANN:** Wir sind der Meinung, dass die Annahme des Verkehrssteuerrabattes Konsequenzen haben muss. Wir unterstützen alle Budgetanträge von Roland Laube.

**ALFRED PETER:** Alle Kürzungen, die beschlossen werden sollen, sind direkt arbeitsmarktwirksam. Kürzungen in diesem Bereich stehen in Widerspruch zu den in der Sondersitzung betr. Arbeitslosigkeit geäusserten Ideen zu deren Behebung. Die finanzielle Lage des Kantons ist nicht derart schlimm, dass Kürzungen im beantragten Umfang vorgenommen werden müssen. Das zeigt sich etwa darin, dass das Sanierungsprogramm für den Staatshaushalt im Landrat noch immer nicht behandelt worden ist. Wir sollten hier keine Kürzungen vornehmen, da die Ausgaben beschäftigungswirksam sind. Falls wir die Ausgaben im 93 nicht tätigen, müssen wir das später machen. Die finanzielle Lage wird dann aber noch schwieriger sein. Nicht nur die Anträge von Roland Laube sind abzulehnen, sondern auch die Anträge der Finanzkommission.

**MARGOT HUNZIKER:** Alfred Peter und Robert Schneeberger haben Roland Laube wohl nicht zugehört. Roland Laube hat die Möglichkeiten aufgezeigt, die

Einsparungen im Tiefbau zugunsten von Vorhaben im Hochbau einzusetzen. Arbeitsbeschaffung im Tiefbau betrifft die grossen Unternehmen; im Hochbau ist es dagegen einfacher, kleineren Unternehmen Aufträge zu erteilen. Ich bitte sie, dem Antrag von Roland Laube zuzustimmen.

**DANILO ASSOLARI:** Das Abstimmungsergebnis zur Verkehrssteuerrabatt-Initiative wird von Roland Laube und Alfred Zimmermann missdeutete. Es wurde nicht gefragt, ob weniger Strassenbau betrieben werden sollte oder nicht, sondern es wurde nach der Höhe der Steuern gefragt. Das Volk hat entschieden, dass 12 % weniger Verkehrssteuern bezahlt werden sollen und nicht, dass 12 % weniger Strassenbau betrieben werden soll. Man sollte endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Milchkuh Autofahrer fertig gemolken ist. Kürzungsanträge bedeuten eine Vergrösserung der Arbeitslosenzahl.

**KLAUS HILTMANN:** Ein Teil der CVP-Fraktion ist mit der Zielrichtung von Roland Laube's Vorstoss durchaus einverstanden. Wir unterstützen auch die Anträge der Finanzkommission. Das kleinere Budget hat Konsequenzen. Wir können hier gezielt ein Zeichen setzen. Wer ist für die Rabatt-Initiativen verantwortlich? Die Verantwortlichen kommen v.a. aus denjenigen Kreisen, die nun bereits wieder jammern. Wenn Steuern reduziert werden, müssen die betreffenden Verantwortlichen selbst feststellen, dass der Kuchen kleiner wird. Wir meinen, dass wir im Hochbau durchaus etwas zulegen könnten. Im Tiefbau braucht es dagegen ein deutliches Zeichen, dass man nicht einerseits ständig wegnehmen kann und auf der anderen Seite ungeschoren bleibt.

**PETER BRUNNER:** Die Schweizer Demokraten sind grundsätzlich auch im Strassenbau für das Verursacherprinzip. Wir erachten es aber zur Zeit als kontraproduktiv, wenn wir die Investitionen nun reduzieren. Längerfristig ist es sicher notwendig, dass eine ausgeglichene Rechnung erreicht wird. Die Steuereinnahmen müssen die Ausgaben decken. Es darf nicht so weit kommen, dass notwendige Reparaturen oder Investitionen nicht mehr ausgeführt werden können. Der Vorstoss von Danilo Assolari steht aber quer zur Landschaft. Wir können ihn nicht unterstützen: wir können nicht einen Steuerabzug gewähren und nachher grössere Investitionen herausholen. Dafür ist kein Geld vorhanden.

**ROLAND LAUBE:** Zur Interpretation des Volksentscheides über den Verkehrssteuerrabatt: Der TCS hat in Zusammenhang mit einer ähnlichen Abstimmung im Kanton Zürich mit der Argumentation gefochten, dass im Strassenbau zu viel Luxus verwirklicht werde. Das heisst ja wohl nichts anderes, als dass die Ausgaben in diesem Bereich zu senken sind.

**ADRIAN BALLMER:** Zu Alfred Peter: Nach seiner Argumentation müsste man in allen Bereichen aufstocken. Irgendwo sollten wir aber einen vernünftigen Mittelweg zwischen Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Massnahmen, die der Finanzlage gerecht werden, finden. Zu Roland Laube: Ich bitte sie, die Anträge von Roland Laube abzulehnen. Seine Interpretation des Volkswillens ist recht eigenwillig. Für mich bedeuten seine Anträge eine Strafaktion gegen den Stimmbürger. So kann man aber mit dem Volk nicht umgehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Mehrheit der Stimmentenden den Urnengang entschieden hat. Wir können das Abstimmungsergebnis auch nicht auf bestimmte Kreise, die einem nicht passen, personifizieren. Von der Finanzlage her war es notwendig, gewisse Korrekturen am Budget vorzunehmen. Gewisse Abstriche müssen

beim Bau gemacht werden. Ich bitte sie deshalb, die Anträge der Finanzkommission zu unterstützen.

**ROLAND MEURY:** Wir unterstützen jeden Antrag auf Redimensionierung im Strassenbau. Es geht hier nun auch um einen Verteilungskampf hinsichtlich der vorhandenen Mittel. Die verschiedenen Interessengruppen sind auch im Landrat vertreten. Es geht auch um Planungsinteressen gewisser Firmen. Wir dürfen nicht so tun, als ob wir das hier nun ganz objektiv entscheiden würden. Bei den Investitionen ist es wichtig zu entscheiden, wo der Kanton investieren soll.

**WILLI BREITENSTEIN:** Die Mehrheit der SVP/EVP-Fraktion ist gegen die Streichungsanträge der Finanzkommission und die Streichungsanträge von Roland Laube.

://: Der Antrag von Roland Laube (Teil A des Budgetpostulates 92/197-9), die Position 2312 pauschal um 500'000.-- Franken zu reduzieren, wird mit 41:35 Stimmen abgelehnt.

://: Der Antrag der Finanzkommission, die Position 2312/314.30 Tiefbauamt, kleinere Ausbauten, inkl. Nebenanlagen um 200'000.-- Fr. auf 800'000.-- Fr. zu vermindern, wird mehrheitlich angenommen.

**Position 2312** (Investitionsrechnung) Tiefbauamt, Neu- und Ausbau von Strassen, Brücken und Nebenanlagen

**BRUNO WEISHAUP:** Roland Laube beantragt, die Position um 5,6 Mio. Franken zu reduzieren (Teil B des Budgetpostulates 92/197-9). Danilo Assolari will dagegen um 10 Mio. Franken aufstocken (Budgetpostulat 92/197-10).

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Ich möchte, dass sie wissen, worüber sie wirklich entscheiden. Wir haben das vorliegende Budget nicht einfach aufgebläht. Wir haben unter der Position 2312 Investitionen von 19 Mio. Franken. Sie betreffen u.a. den weiteren Ausbau der Radrouten (5 Mio. Fr.). Der Betrag wird mindestens zur Hälfte auch gebraucht, wenn das Referendum der SVP angenommen würde. 1,4 Mio. Franken gehen auf das Konto der Trennung von Schiene und Strasse in Hölstein. Auf den Weiterbau in Bretzwil entfallen 1,1 Mio. Franken. 0,7 Mio. Franken gehen an Schutzmassnahmen für Grundwasser. Zwei Sammelposten (3,5 Mio.) betreffen Korrekturen und Neuerung. Bei den Ausgaben im Bereich Autobahnen handelt es sich um Lärmschutzmassnahmen. Zu Klaus Hiltmann: Sie haben gerade gestern einen Vorstoss für Lärmschutzmassnahmen in Birsfelden eingereicht. Man kann nun nicht beides haben. Sie sehen, mit welchen Mitteln wir am kantonalen Strassennetz herumbasteln. Ich bitte sie, den Investitionen zuzustimmen.

**DANILO ASSOLARI:** Wir schieben Erneuerungsinvestitionen vor uns her. Das hat zur Folge, dass ohnehin notwendige Erneuerungsinvestitionen schliesslich noch viel teurer zu stehen kommen. Der Bund hat zur Bekämpfung der schlechten Auftragslage im Baugewerbe unter Vorbehalt der Erhöhung des Benzinzolls einen Zusatzkredit von 100 Mio. Franken bewilligt. Wir haben im Landrat eine Sonderdebatte zur Arbeitslosigkeit geführt. Bisher sind keine konkreten Ergebnisse erzielt worden. Die Debatte erfolgte "zum Fenster hinaus". Mit meinem Budgetantrag wollte ich zu einem Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Bauwirtschaft beitragen. Die Investitionen sind notwendig. Die finanzielle Lage

des Kantons ist so schlecht nun auch wieder nicht. Es geht darum, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ich bitte sie, meinen Budgetantrag zu unterstützen.

**KURT LAUPER:** Zu Danilo Assolari: Die Debatte zur Arbeitslosigkeit erfolgt nicht "zum Fenster hinaus". Im Strassenbau sollten vermehrt die Verursacher von Schäden zur Kasse gebeten werden. Dazu zählen in erster Linie die Strassentransporture mit ihren Lastwagen. Ich bitte sie, den Antrag von Danilo Assolari nicht zu unterstützen.

**BRUNO WEISHAUP:** Zur Abstimmung: Ich lasse zunächst über die Anträge Laube und Assolari abstimmen. Anschliessend stelle ich den obsiegenden Antrag dem Antrag der Regierung gegenüber.

://: Mit 34:19 Stimmen zieht der Landrat den Antrag Laube dem Antrag Assolari vor. Mit 45:33 Stimmen wird der Antrag Laube (Pauschalreduktion der Investitionsausgaben um 5,6 Mio. Franken) in der Gegenüberstellung mit dem regierungsrätlichen Antrag jedoch abgelehnt.

**Position 2312/701.20-104** Tiefbauamt, Neu- und Ausbau von Strassen, Brücken und Nebenanlagen, Sissach, Umfahrung (Budgetpostulat 92/197-11)

**KLAUS HILTMANN:** Ich möchte klarstellen, dass es sich bei meinem Budgetantrag nicht um eine Missachtung des Volkswillens handelt. Die Frage stellt sich hier nur nach dem richtigen Zeitpunkt. Mit den Vorbereitungsarbeiten rückt der Zeitpunkt einer Realisierung näher. Ich sehe den Zeitpunkt einer Realisierung allerdings nicht so nahe, v.a. auch im Hinblick auf die jetzige und zukünftige Lage der Kantonsfinanzen. Ich darf daran erinnern, dass bis 1998 mit einer Verschuldung von 1,5 Mrd. Franken zu rechnen ist. Es ist damit zu rechnen, dass wir im Jahr 1998 112 Mio. Franken für Schuldzinsen aufwenden müssen. Anlässlich der Volksabstimmung ist das Volk davon ausgegangen, dass man sich den Bau der Umfahrung Sissach leisten könne. Mittlerweile hat sich der Finanzhaushalt des Kantons verschlechtert. Zudem werden die Leistungen des Bundes wohl reduziert werden, insbesondere wenn das Referendum gegen die Benzinollerhöhung Erfolg haben sollte. Mit grösster Wahrscheinlichkeit haben wir vom Kanton her keine Möglichkeit, die vom Bau her aufzuwendenden Investitionen von 300-400 Mio. zu finanzieren. Wir können meines Erachtens nicht auf die vorgesehenen Bundessubventionen hoffen. Für das Volk wird sich die Frage stellen, ob man die knapper werdenden Mittel primär für die Spitäler einsetzen oder das riesige Engagement für den geplanten Tunnel eingehen will. Mir geht es mit meinem Vorstoss darum, bereits in der Vorbereitungsphase angesichts der Finanzlage des Kantons einen Marschhalt einzulegen. Zur Retourkutsche des Finanzdirektors zu meinem Vorstoss betreffend Lärmschutzwänden in Birsfelden: Auch in den finanziell besseren Zeiten wurden diese nicht realisiert. Dieses Anliegen besteht nun schon seit vielen Jahren. Es geht auch im Tiefbau darum, Prioritäten zu setzen.

**ESTHER AESCHLIMANN:** Die SP-Fraktion beantragt ihnen, dem Budgetantrag von Klaus Hiltmann zuzustimmen. Nach der Reduktion der Motorfahrzeugsteuer scheint es wirklich dringend notwendig, einen Besinnungshalt einzulegen. Hier geht es um Neuinvestitionen; es geht nicht darum, Strukturen zu erhalten. Die Defizite im Strassenverkehr werden aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt. Ich frage mich, wo hier das Verursacherprinzip spielt. Ein Moratorium bezüglich der

Umfahrung Sissach ist dringend erforderlich und eine logische Folge der Volksabstimmung über den Verkehrssteuerrabatt. Noch steht es in den Sternen, ob die vorgesehenen Bundessubventionen ausgerichtet werden. Die SP-Fraktion bittet sie, die geplanten Vorinvestitionen abzulehnen und dem Budgetpostulat von Klaus Hiltmann zuzustimmen.

**ROBERT SCHNEEBERGER:** Die FDP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass der Kredit wie vorgesehen belassen werden sollte. Es geht nicht an, sich über den Volkswillen hinwegzusetzen. Bei der Umfahrung Sissach geht es auch um den Lärmschutz. Wir beantragen ihnen, dem Budgetantrag von Klaus Hiltmann nicht zuzustimmen.

**FRITZ GRAF:** Die SVP/EVP-Fraktion ersucht sie, das Budgetpostulat von Klaus Hiltmann abzulehnen. Es geht einzig und allein um die Fortsetzung von Projektierungsarbeiten. Es steht klar im Landratsbeschluss, dass die Umfahrung Sissach nur realisiert werden kann, wenn die erwarteten Bundesbeiträge ausbezahlt werden. Ich bitte sie, der Argumentation der Regierung zu folgen.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Die Umfahrung Sissach wird erst gebaut, wenn der Kanton im Besitz der Subventionszusicherung des Bundes ist. Bei einem solchen Werk kann man aber nicht von einem Tag auf den andern auf den Knopf drücken. Wir werden uns noch mindestens ein gutes Jahr im Bereich der Planung befinden, damit es nicht so heraus kommt, wie es Klaus Hiltmann behauptet und uns das Werk schliesslich 300-400 Mio. Franken kosten wird. Ich bitte sie auch, nicht gar so salopp mit den Beträgen umzugehen. Wir wollen mit den bewilligten Mitteln auskommen. Ich möchte dem Landrat auch eine Warnung auf den Weg geben: Es könnte plötzlich der Fall eintreten, dass das Volk neben ihnen vorbei direkt Kredite beschliesst für Dinge, die man auf diesem Weg abblocken möchte. Ich denke dabei nicht an Initiativen, die mit 1500/1600 Unterschriften zustande kommen. Wenn sie Opposition gegen Volksentscheide machen, müssen sie darauf achten, dass sie nicht plötzlich auch noch das Budgetrecht verlieren.

://: Der Budgetantrag von Klaus Hiltmann betreffend Streichung der Position 2312/701.20-104, Neu- und Ausbau von Strassen, Brücken und Nebenanlagen, Umfahrung Sissach, wird mehrheitlich abgelehnt.

**Position 2312/701.20-108** Neu- und Ausbau von Strassen, Brücken und Nebenanlagen, Diegten, Hauptstrasse (Budgetpostulat 92/197-12)

**KURT DEGEN:** Das Projekt steht schon seit längerer Zeit in der Diskussion. Die Strasse sollte schon seit 30 Jahren saniert werden. Das Projekt wäre, laut Aussage des beauftragten Ingenieurbüros, reif zur Realisierung. Weil der Baudirektor dafür aber nichts budgetiert hat, musste ich zum Mittel des Budgetpostulates greifen. Es geht mir dabei in erster Linie um die Sicherheit der Fussgänger. Für sie ist die heutige Situation sehr prekär. V.a. Schulkinder sind erheblichen Gefahren ausgesetzt. Ich beantrage ihnen, meinem Antrag zuzustimmen, damit die Sanierung im nächsten Jahr in Angriff genommen werden kann. Mit der Zustimmung zu meinem Vorstoss liesse sich auch die Wirtschaft etwas ankurbeln.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Ich bitte sie, den Antrag abzulehnen. Ich würde gerne die Innerortssanierungen vorantreiben. Da die Mittel jedoch beschränkt

sind, musste ich diesem Umstand Rechnung tragen. Auch andere Strassenzeilendörfer - wie etwa Ziefen - warten schon lange auf eine Sanierung.

://: Der Budgetantrag von Kurt Degen betreffend Erhöhung der Position 2312/701.20-108, Neu- und Ausbau von Strassen, Brücken und Nebenanlagen, Diegten, Hauptstrasse um 1,9 Mio. Franken auf 2,0 Mio. Franken wird mehrheitlich abgelehnt.

**Position 2313** Erhaltung von Kantonsstrassen, Brücken und Nebenanlagen

**BRUNO WEISHAAPT:** Es liegen Anträge von Roland Laube (Teil C des Budgetpostulates 92/197-9) und der Finanzkommission vor. Da sich niemand zu Wort meldet, lasse ich über die konkreten Einzelpositionen einzeln abstimmen.

://: Der Budgetantrag von Roland Laube auf eine Pauschalreduktion der Investitionsausgaben gemäss Position 2313 um 2,5 Mio. Franken wird mehrheitlich abgelehnt.

://: Der Antrag der Finanzkommission auf Verminderung der Pos. 314.42 Baulicher Unterhalt um Fr. 200'000.-- auf Fr. 1'200'000.-- wird mehrheitlich angenommen.

://: Der Antrag der Finanzkommission auf Verminderung der Pos. 314.43 Instandsetzung, Verstärkung um Fr. 200'000.-- auf Fr. 850'000.-- wird mehrheitlich angenommen.

://: Der Antrag der Finanzkommission auf Verminderung der Pos. 314.44 Erneuerung um Fr. 800'000.-- auf Fr. 1'200'000.-- wird mehrheitlich angenommen.

**Position 2314** Erhaltung der Hochleistungsstrassen

**BRUNO WEISHAAPT:** Es liegen wiederum Anträge von Roland Laube (Teil D des Budgetpostulates 92/197-9) und der Finanzkommission vor. Ich lasse getrennt abstimmen.

://: Der Antrag von Roland Laube auf Pauschalreduktion Aufwand 2314 um 1 Mio. Franken wird mehrheitlich abgelehnt.

://: Der Antrag der Finanzkommission auf Verminderung der Pos. 314.42 Baulicher Unterhalt um Fr. 500'000.-- auf Fr. 1'550'000.-- wird mehrheitlich angenommen.

://: Der Antrag der Finanzkommission auf Verminderung der Pos. 314.44 Erneuerung um Fr. 100'000.-- auf Fr. 593'000.-- wird mehrheitlich angenommen.

**Position 2314** Erhaltung der Hochleistungsstrassen inkl. Werkhof Sissach (Investitionsrechnung)

**BRUNO WEISHAAPT:** Roland Laube beantragt eine pauschale Reduktion um 2 Mio. Franken (Teil E des Budgetpostulates 92/197-9), Danilo Assolari verlangt eine Erhöhung um 5 Mio. Franken. Ich lasse darüber eventualiter abstimmen.

://: Mit 30:17 Stimmen obsiegt der Antrag Laube auf eine pauschale Reduktion der Investitionsausgaben unter Pos. 2314 gegenüber dem Antrag Assolari. Der Antrag Laube wird anschliessend in der Gegenüber-

stellung zum regierungsrätlichen Antrag gemäss Budget mehrheitlich abgelehnt.

**Position 2315** Werkhof Liestal

**BRUNO WEISHAAPT:** Roland Laube beantragt eine Pauschalreduktion um 200'000.-- Franken (Teil F des Budgetpostulates 92/197-9).

://: Der Antrag von Roland Laube auf Pauschalreduktion der Pos. 2315 um 200'000.-- Franken wird mehrheitlich abgelehnt.

**Position 2316** Wasserbau (Investitionsrechnung)

**BRUNO WEISHAAPT:** Roland Laube beantragt eine Pauschalreduktion der Investitionsausgaben unter Pos. 2316 um Fr. 200'000.-- (Teil G des Budgetpostulates 92/197-9).

://: Der Antrag von Roland Laube auf Pauschalreduktion der Pos. 2316 um 200'000.-- Franken wird mehrheitlich abgelehnt.

**Position 2334/365.80** Energie, Beiträge gemäss § 10 Energiegesetz

**BRUNO WEISHAAPT:** Roland Laube beantragt, die Pos. 365.80 um Fr. 800'000.-- zu erhöhen (Budgetpostulat 92/197-13).

**ROLAND LAUBE:** Ich ziehe den Antrag zurück.

://: Vom Rückzug des Budgetantrages 92/197-13 wird Kenntnis genommen.

**Position 2343** Deponie Elbisgraben

**BRUNO WEISHAAPT:** Die Finanzkommission hat zu dieser Position verschiedene Anträge gestellt. Ich lasse gesamthaft abstimmen.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Diese beantragten Aenderungen sind darauf zurückzuführen, dass die Deponiegebühren auf 110.-- statt auf 90.-- Franken heraufgesetzt worden sind.

://: Folgenden Anträgen der Finanzkommission wird grossmehrheitlich zugestimmt:  
Pos. 351.10 Abfallverbrennung durch BS; Erhöhung um Fr. 1'000'000.-- auf Fr. 5'500'000.--;  
Pos. 434.10-1 Abfallbeseitigungsgebühren; Erhöhung um Fr. 1'500'000.-- auf Fr. 13'200'000.--;  
Pos. 436.70-2 Rückerstattung für Abfallverbrennung durch BS; Erhöhung um Fr. 1'000'000.-- auf Fr. 5'500'000.--.

**Position 2351/365.90** Regionalplanung, Beitrag an die Regio Basiliensis (Budgetpostulat 92/197-14)

**PETER BRUNNER:** Im letzten Jahr wurde der Beitrag an die Regio Basiliensis um 40 % erhöht. Nun wird wieder eine Erhöhung beantragt. Wir sind der Meinung, dass wir den Beitrag einfrieren sollten. Ich bitte sie, das Postulat zu unterstützen.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Wir brauchen im Moment die Regio Basiliensis für die regionale Zusammenarbeit. Ich bitte sie, keine falschen Signale zu setzen und das Budgetpostulat abzulehnen.



://: Der Antrag, den Budget-Beitrag von neu 146'000 auf 138'000 Franken (wie 1992) zu belassen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

**Position 2355** Natur- und Landschaftsschutz

**BRUNO WEISHAAPT:** Die Budgetanträge von Liselotte Schelble und Lukas Ott sind identisch (Budgetpostulate 92/197-15 und 92/197-16).

**LISELOTTE SCHELBLE:** Die FDP hat - zur Freude der Linken - vor Jahren ein Natur- und Landschaftsschutzkonzept verlangt. Ein solches Konzept ist ein erster Schritt. Es müssen zweite und dritte Schritte folgen. Das Konzept nützt nichts, wenn es nur auf dem Papier bestehen bleibt. Es müssen nun Massnahmen ergriffen werden. Massnahmen kosten leider immer Geld. Der Regierungsrat hat deshalb dem Landrat eine entsprechende Vorlage zugeleitet, welche Bewirtschafterbeiträge für schützenswerte, blumenreiche Wiesen und Weiden umfasst. Dieser Vorlage hat der Landrat zugestimmt. Im Budget 93 sind die entsprechenden Mittel nun nicht enthalten. Wir verlangen, dass die erforderlichen Gelder ins Budget aufgenommen werden.

**LUKAS OTT:** Einem Konzept müssen konkrete Massnahmen folgen. Ich bitte sie, meinem Budgetantrag zuzustimmen.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Sie müssen den Antrag des Regierungsrates in Zusammenhang mit dem gesamten Budgetprozess sehen. Mir ging es darum, ein Zeichen zu setzen. Wir haben bis jetzt zu 740 Hektaren Verträge abgeschlossen. Meines Erachtens dürfte ist eine gewisse Konsolidierung heute gestattet. Zur Zeit laufen auch auf Bundesebene die Beiträge des Landwirtschaftsgesetzes an. Es gilt nun, sinnvolle Abgrenzungen vorzunehmen. Selbstverständlich sind wir nicht verlegen, wenn sie Mehrausgaben beschliessen.

**GREGOR GSCHWIND:** Mir ist klar, dass auch die Bauern kürzer treten müssen. Das machen sie bereits längere Zeit. Die Bauern haben nie Teuerungszulagen erhalten, im Gegenteil. Die neue Landwirtschaftspolitik geht v.a. in Richtung Direktzahlungen. Man möchte nicht mehr über produktegebundene Subventionen den Bauern zum Einkommen verhelfen. Auch die GATT-Verhandlungen gehen in diese Richtung. Die ökologischen Direktzahlungen basieren auf freiwilligen Vereinbarungen. Dafür braucht es Geld. Wollen wir die neue Landwirtschaftspolitik unterstützen, müssen wir die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

**ERNST SCHLÄPFER:** Ich unterstütze die Erhöhung des Betrages, wie er in den beiden Vorstössen beantragt wird. Der Landrat hat einen Rahmenkredit beschlossen. Man hat sich ein Programm vorgenommen, in welcher Reihenfolge die entsprechenden Verträge abgeschlossen werden sollen. Gewisse Gemeinden waren zuerst an der Reihe, andere wurden zurückgestellt. Ein Teil der Gemeinden müsste sich als geprellt vorkommen, wenn das Programm unterbrochen wird. Der Naturschutz weist einen grossen Nachholbedarf auf.

**ADRIAN BALLMER:** Wir beantragen ihnen, die Budgetanträge abzulehnen und den Anträgen der Regierung zu folgen. Wir haben den Zielkonflikt zwischen den Bestrebungen des Natur- und Landschaftsschutzes und der Finanzlage. Wir schliessen uns der Prioritätensetzung der Regierung an.

**BRUNO WEISHAAPT:** Ich lasse über beide Budgetanträge (92/197-15 und 92/197-16) gleichzeitig abstimmen.

://: Die Budgetanträge auf Erhöhung der Abgeltungsbeiträge zur Erhaltung blumenreicher Wiesen und Weiden um Fr. 105'775 (von Fr. 641'725 auf Fr. 747'500), Konto 2355 Natur- und Landschaftsschutz (365.60-2) wird mehrheitlich zugestimmt.

**Position 2355/365.60** Natur- und Landschaftsschutz, Abgeltungsbeiträge

**BRUNO WEISHAAPT:** Es liegen dazu die Budgetanträge von Lukas Ott (92/197-17) und Annemarie Spinnler (92/197-18) vor.

**LUKAS OTT:** Annemarie Spinnler und ich haben die Vorstösse eingereicht, weil die Regierung den Vollzug des Naturschutzgesetzes offenbar ein Zeit lang als fakultativ erachtet hat und dem Landrat keine Vorlage betreffend Beiträge für ökologische Ausgleichsflächen unterbreiten wollte. Wir konnten der Presse entnehmen, dass in der Regierung ein Meinungswandel stattgefunden hat. Das Dossier hat die Direktion gewechselt. Wenn mir Edi Belser hier versichern kann, dass er in der ersten Hälfte 93 die entsprechende Vorlage mit dem entsprechenden Kreditantrag dem Landrat unterbreitet, kann ich meinen Budgetantrag zurückziehen. Ich nehme an, dass Annemarie Spinnler ihren Antrag auch zurückziehen wird.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Ich kann ihnen nach einer Aussprache im Regierungsrat versichern, dass wir die gewünschte Vorlage im ersten Quartal 1993 dem Landrat unterbreiten werden. Als Folge daraus werden wir allenfalls einen Nachtragskredit im Nachtragsbudget einstellen.

://: Der Landrat nimmt zur Kenntnis, dass die Budgetanträge von Lukas Ott (92/197-17) und von Annemarie Spinnler (92/197-18) zurückgezogen worden sind.

**Position 3000/318.20-3** Amt für Landwirtschaft, Dienstleistungen Dritter

**RETO IMMOOS:** Mein Antrag zielt in die gleiche Richtung wie die beiden eben besprochenen Budgetpostulate. Ich ziehe meinen Antrag ebenfalls zurück.

://: Der Landrat nimmt zur Kenntnis, dass der Budgetantrag von Reto Immoos (92/197-19) zurückgezogen worden ist.

**Position 2355/318.20-4** Natur- und Landschaftsschutz, Reptilieninventar

**BRUNO WEISHAAPT:** Die Finanzkommission beantragt, die Pos. 2355/318.20-4 Reptilieninventar um Fr. 120'000.-- auf Fr. 0.00 zu vermindern.

**JACQUELINE HALDER:** Ich beantrage im Namen der SP-Fraktion, diesem Antrag der Finanzkommission nicht zu folgen. Wir sind verpflichtet, die Gesetzgebung im Bereich des Naturschutzes zu vollziehen. Das Reptilieninventar ist ein wichtiges Inventar, welches im Kanton Basel-Landschaft noch fehlt. Unsere Nachbarkantone arbeiten bereits am Reptilieninventar. Wir sollten ein flächendeckendes Inventar haben.

**ERNST SCHLÄPFER:** Ich bin anderer Meinung als meine Vorrednerin. Der Betrag kann gestrichen bleiben. Es handelt sich nicht um einen tätigen Naturschutz, sondern lediglich um eine Inventarisierung. Angesichts der heutigen Finanzsituation könnte man damit noch zuwarten.

**PETER TOBLER:** Ich bin aus praktischen Gründen für die Erstellung des Reptilieninventars. Wir brauchen das Inventar. In unzähligen Umweltverträglichkeitsprüfungen werden die wildesten Dinge zur Natur behauptet. Anhand der Inventare hat man eine gesicherte Diskussionsgrundlage.

**ADRIAN BALLMER:** Die FDP-Fraktion ist für Streichung des Betrages, weil die Finanzlage schlecht ist. Das Vorhaben ist zeitlich nicht dringlich.

REGIERUNGSRAT **EDUARD BELSER:** Einen Teil der Argumentation kann ich verstehen. Ich möchte sie auf gewisse Zusammenhänge aufmerksam machen. Das Reptilieninventar hat auch eine Indikatorfunktion. Das Inventar muss in Zusammenhang mit den Postulaten nach Vernetzung gesehen werden. Die Regierung wird ihnen eine separate Verpflichtungskreditvorlage unterbreiten. Wir sind auch im Gespräch mit der Uni Basel, die sich ev. in diesem Bereich vermehrt engagieren könnte. Ich bitte sie, den Betrag im Budget zu belassen und den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

://: Der Antrag der Finanzkommission wird mit 33:37 Stimmen abgelehnt.

*Für das Protokoll:  
Alex Achermann, 2. Landschreiber*

\*

Nr. 1110

#### **FRAGE DER DRINGLICHKEIT:**

#### **Dringliches Postulat: Uebergangslösung für Spital-Freizügigkeit**

**ROLAND MEURY:** Der Handlungsbedarf ist gegeben. Der Vertrag läuft aus. Wir möchten der Regierung nochmals einen Anstoss geben, um zu verhandeln, damit zumindest ein befristeter Kompromiss erreicht wird. Ich bitte sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

**PETER JENNY:** Das Postulat von Roland Meury verlangt direkt und konkret, dass mit Basel-Stadt wieder eine Lösung gesucht wird. Wir können das nicht einfach so dringlich über die Bühne bringen. Eine akute Notsituation besteht nicht. Das Begehren muss nicht dringlich überwiesen werden.

REGIERUNGSRAT **WERNER SPITTELER:** Die Regierung ist bereit, das Postulat dringlich zu behandeln. In der Fragestunde kann die Begründung dazu geliefert werden. Von Verena Burki wurden in diesem Zusammenhang verschiedene Fragen gestellt. Ich bitte sie, der Dringlichkeit stattzugeben.

://: Der Rat spricht sich mit grossem Mehr für die dringliche Behandlung des Postulates aus.

*Für das Protokoll:  
Alex Achermann, 2. Landschreiber*

\*

#### **BEGRÜNDUNG DER PERSÖNLICHEN VORSTÖSSE**

Nr. 1111

**92/288**

#### **Motion von Willi Breitenstein betreffend die Ausrichtung des Teuerungsausgleichs an das Staatspersonal, Aenderung von Dekret zum Beamtengesetz § 64**

REGIERUNGSRAT **HANS FÜNFSCILLING:** Ich beantrage im Namen der Regierung gemäss § 67 der Geschäftsordnung, diese Motion für dringlich zu erklären. Mit dem gestrigen Landratsbeschluss wurde eine unklare Rechtslage geschaffen. Wenn die Motion an der nächsten oder übernächsten Sitzung traktandiert und überwiesen wird, haben wir die Januarlöhne schon lange bezahlt. Es geht in diesem Zusammenhang auch um die Lohnzahlungen der Gemeinden, Heime etc. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein Recht darauf zu wissen, wo sie anfangs Jahr stehen und welche Lohn-erhöhung sie auf das neue Jahr zu erwarten haben. Ich möchte ihnen beliebt machen, das Problem der Klarheit der Situation über die Mittagspause zu diskutieren und zu Beginn der Nachmittagssitzung zur Dringlichkeit der Motion Stellung zu nehmen. Vom Volk würde es sicher verstanden, wenn der Landrat diese Motion ablehnt. Es wird verstanden, wenn der Landrat sie annimmt. Nicht verstanden wird vom Volk jedoch, wenn für das neue Jahr keine klare Situation geschaffen wird, welche Teuerung der Kanton ausgleicht.

**EDITH STAUBER:** Wir haben gestern lange über die Rechtmässigkeit diskutiert. Ich bitte sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Die Rechtssituation ist klar. Für den 1. Januar 1993 gilt das Dekret in der heute geltenden Fassung. Auch wenn wir heute nachmittag beschliessen würden, dass wir eine Gesetzesänderung möchten, kann man das nicht mehr rückwirkend auf den 1. Januar 1992 einführen.

**LISELOTTE SCHELBLE:** An Hans Fünfschilling: Handelt es sich bei dieser Motion um einen "bestellten" Vorstoss?

REGIERUNGSRAT **HANS FÜNFSCILLING:** Es handelt sich nicht um eine "bestellte" Motion. Ich hätte sie dringlich bestellt. Die Regierung fühlt sich aufgrund des gestrigen Landratsbeschlusses verpflichtet, ihnen eine Aenderung des Dekretes vorzuschlagen. Es liegt ein indirekter Auftrag an die Regierung vor. Die Regierung wird ihnen eine Dekretsänderung im Sinne des gestrigen Beschlusses vorlegen. Ich möchte aber nicht, dass sie heute entscheiden, die Teuerung nicht voll auszugleichen, und die Dekretsänderung dann ablehnen. Die nötigen Vorentscheidungen sollen heute getroffen werden.

**BRUNO WEISHAUPT:** Ich schlage dem Landrat vor, zu Beginn der Nachmittagssitzung über die Dringlichkeit zu beraten.

Nr. 1112

**92/289**

#### **Schriftliche Anfrage von Rös Graf: Dioxin-Untersuchung in der Grundwasserschutzzone Löli-Remeli, Pratteln**

*Für das Protokoll:*

Alex Achermann, 2. Landschreiber

\*

Nr. 1113

#### ÜBERWEISUNGEN DES BÜROS

Landratspräsident BRUNO WEISHAUPT gibt Kenntnis von folgenden Überweisungen:

a. Bericht des Regierungsrates vom 8. Dezember 1992: Genehmigung der Vereinbarung Chrischonaklinik (92/275); **an Umwelt- und Gesundheitskommission.**

b. Bericht des Regierungsrates vom 15. Dezember 1992: Regionalplan Fuss- und Wanderwege (92/276); **an Bau- und Planungskommission.**

c. Bericht des Regierungsrates vom 15. Dezember 1992: Erteilung eines Generellen Leistungsauftrages für die Jahre 1993 - 1997 (92/277); **an Bau- und Planungskommission.**

d. Bericht des Regierungsrates vom 15. Dezember 1992: Gesetz über das Verfahren bei Streitigkeiten aus der Miete und Pacht von unbeweglichen Sachen (92/278); **an Justiz- und Polizeikommission.**

Für das Protokoll:

Maritta Zimmerli, Protokollsekretärin

\*

Nr. 1114

#### FRAGE DER DRINGLICHKEIT:

**(Motion von Willi Breitenstein betreffend die Ausrichtung des Teuerungsausgleichs an das Staatspersonal, Aenderung vom Dekret zum Beamtengesetz § 64), 92/288**

LANDRATSPRÄSIDENT BRUNO WEISHAUPT: Wir sollten jetzt zuerst über die Dringlichkeit der Motion von Willi Breitenstein betreffend die Ausrichtung des Teuerungsausgleichs an das Staatspersonal, Aenderung vom Dekret zum Beamtengesetz § 64 (92/288) befinden, anschliessend die Fragestunde abhalten und dann die Beratung des Budget fortsetzen.

WILLI BREITENSTEIN: Ich stelle einen Ordnungsantrag. Da ich nicht riskieren möchte, dass die Budgetdebatte heute nicht abgeschlossen werden kann, sollte die Diskussion über die Dringlichkeit meiner Motion erst daran anschliessend erfolgen.

WILLI BERNEGGER: Ich beantrage Ihnen, die Fragestunde nach der Budgetdebatte abzuhalten, damit die Beratung des Budgets heute abgeschlossen werden kann. Sollte eine mündliche Beantwortung der Fragen nicht mehr möglich sein, muss der Regierungsrat schriftlich dazu Stellung nehmen.

REGIERUNGSRAT WERNER SPITTELER: Die Antwort zur Frage bezüglich das Spitalabkommens könnte ich schriftlich abgeben.

ROLAND LAUBE: Ich wehre mich dagegen, dass über die Dringlichkeit der Motion von Willi Breitenstein erst kurz vor 17 Uhr beschlossen und die Behandlung allenfalls noch später stattfinden soll. Die Debatte über die Dringlichkeit sollte jetzt erfolgen.

ROLAND MEURY: Bedeutet die Abgabe einer schriftliche Stellungnahme zu den Fragen über das Spitalabkommen durch Regierungsrat Werner Spitteler, dass das dringliche Postulat der Fraktion der Grünen betreffend Uebergangslösung für Spital-Freizügigkeit entgegengenommen wird? Immerhin wurde heute morgen beschlossen, die Stellungnahme zu diesem Postulat mit der Beantwortung der Frage von Verena Burki zu koppeln.

REGIERUNGSRAT WERNER SPITTELER: Ich werde zum Postulat Ausführungen machen.

://: Der Ordnungsantrag von Willi Breitenstein, die Beratung über die Dringlichkeit seines Vorstosses erst nach der Budgetdebatte zu führen, wird mit 42 zu 37 Stimmen abgelehnt.

WILLI BREITENSTEIN: Die Motion wurde von uns eingereicht, weil an der gesterigen Debatte mehrfach die fehlende rechtliche Grundlage bemängelt wurde. Ich habe darauf verzichtet, die Motion als dringlich einzureichen, da der Regierungsrat meiner Ansicht nach auf jeden Fall verpflichtet ist, zu handeln. Meine Motion soll den gestern gefassten Beschluss in dieser Sache unterstützen.

ALFRED PETER: Die CVP-Fraktion hat sich gestern bei der Abstimmung über die Höhe des Teuerungsausgleichs der Stimme enthalten. Wir haben nun festgestellt, dass dies nicht überall richtig verstanden wurde. Wir sind der Ansicht, dass eine Zustimmung zu einer Kürzung des Teuerungsausgleichs eine rechtlich unklare Situation bewirkt. Wenn wir heute die Dringlichkeit beschliessen und die Motion anschliessend überweisen, wird die rechtliche Klarheit geschaffen. Die CVP-Fraktion ist daher der Meinung, dass nun Farbe bekannt werden soll. Fraktionsmitglieder, die der Dringlichkeit zustimmen, tun dies, damit die Stunde der Wahrheit jetzt ermöglicht wird, damit rechtlich klare Verhältnisse geschaffen werden und zum Ausdruck gebracht wird, dass der Teuerungsausgleich der Staatsbeamten kein Tabu mehr sein soll. Eine neue Regelung sollte das von uns vorgeschlagene Modell zum Vorbild haben; als Uebergang soll die Reduktion um ein halbes Prozent gelten. Mitglieder, welche die Dringlichkeit der Motion ablehnen, begründen diesen Entscheid damit, dass bei Gewährung der Dringlichkeit ein Teil des Sanierungskonzeptes herausgelöst wird. Gegen die Dringlichkeit spricht auch die Ueberlegung, dass eine lineare Reduktion unserer Vorstellung der Behandlung des Teuerungsausgleichs widerspricht und die Ansicht, den Teuerungsausgleich auf keinen Fall kürzen zu dürfen. Die Mitglieder der CVP-Fraktion werden also unterschiedlich stimmen.

ROLAND LAUBE: Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat die dringliche Behandlung dieser Motion beantragt hat. In diesem Falle nehme ich im Namen der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen folgendermassen Stellung: Beide Fraktionen sind der

Ansicht, dass der gestrige Entscheid zu einer völlig unmöglichen Situation geführt hat. Wir haben gestern schon betont, dass dieser Entscheid nicht vollziehbar sein wird. Seit Monaten wird der Teuerungsausgleich von bürgerlichen Landräten in Frage gestellt. Wenn die bürgerliche Mehrheit bis gestern nicht gemerkt hat, dass ein derartiger Beschluss nicht vollziehbar ist, können wir nichts dafür. Die Voraussetzung für die Dringlichkeit ist also auf keinen Fall gegeben, da die bürgerliche Mehrheit die Dekretsänderung schon lange hätte beschliessen können. Wir wenden uns auch gegen die Dringlichkeit, weil wir nach wie vor der Ansicht sind, dass die Aenderung des Dekretes sinnvollerweise nur in Zusammenhang mit dem Sanierungsprogramm beschliessen werden kann. Da es jetzt offensichtlich einigen über Nacht aufgegangen ist, dass sich der Landrat in eine unmögliche Situation manövriert hat, werden wir am Schluss der Budgetberatung einen Rückkommensantrag auf den gestrigen Beschluss stellen. Das in der Hoffnung, dass der Landrat die Reduktion des Teuerungsausgleichs um ein halbes Prozent zurücknimmt und damit eine klare Situation auch für die Gemeinden schafft. Im übrigen muss festgehalten werden, dass, sollte die Dringlichkeit bewilligt und die Motion überwiesen werden, die Lage genauso unklar ist wie jetzt. Eine Dekretsänderung auf den 1. Januar 1993 ist nicht möglich.

**ROBERT PILLER:** Die FDP-Fraktion ist bezüglich Dringlichkeit geschlossen der gleichen Meinung wie die SP-Fraktion, doch basiert dieser Entscheid auf einer ganz anderen Begründung. Wir beantragen Ablehnung der Dringlichkeit aus folgenden Gründen. Der Landrat hat gestern einen zwar knappen aber klaren Entscheid gefällt. Damit wurde der Regierungsrat - juristisch einwandfrei - dazu verpflichtet, den Entscheid umzusetzen, so dass die Motion, die ich auch unterzeichnet habe, nicht dringlich behandelt werden muss. Wir sind der festen Ueberzeugung, dass der Entscheid selbstverständlich vollziehbar ist.

://: Dringlichkeit wird mit einem eindeutigen Mehr abgelehnt.

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUPT:** In § 68 der Geschäftsordnung des Landrates wird festgehalten: "Die Fragestunde findet jeweils am Donnerstag zu Beginn der Nachmittagsitzung statt. ...".

**WILLI BERNEGGER:** Das ist einem ehemaligen Landratspräsidenten klar, doch müssen wirklich Prioritäten gesetzt werden. Wir sollten die Budgetberatung abschliessen, bevor wir die Fragestunde abhalten.

**VERENA BURKI:** Ich habe mich darauf verlassen, dass die Fragestunde heute zu Beginn der Nachmittagsitzung abgehalten wird und erachtete es als nicht ganz fair, wenn die Behandlung der Fragen auf nächste Jahr verschoben werden soll. Die Beratung des Budgets werden wir heute wohl kaum mehr abschliessen können.

://: Der Ordnungsantrag von Willi Bernegger, die Fragestunde nach der Budgetberatung abzuhalten, wird mehrheitlich angenommen.

*Für das Protokoll:  
Maritta Zimmerli, Protokollsekretärin*

\*

Nr. 1115

#### MITTEILUNGEN

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUPT** verabschiedet Heinrich Kellerhals, der sein Amt als Landrat Ende Jahr niederlegt, mit warmen Worten und dankt ihm für seinen Einsatz all die Jahre zum Wohle der Bevölkerung.

**HEINRICH KELLERHALS:** Auch ich möchte mich für alles bedanken, was ich von den Landratsmitgliedern erfahren durfte. Ich danke auch jenen, mit denen ich nicht immer gleicher Meinung war, da auch Sie mir vieles gegeben haben. Ich bitte die Landratsmitglieder nicht das Eigenwohl sondern das Gesamtwohl unseres Kantons im Auge zu behalten. Egoisten haben keinen Bestand. Dieses Verhalten bringt keine Befriedigung. Ich wünsche Ihnen allen das Beste für die Zukunft.

*Für das Protokoll:  
Maritta Zimmerli, Protokollsekretärin*

\*

Nr. 1116

#### 3. 92/197 Berichte des Regierungsrates vom 22. September 1992 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 1992: Budget 1993

#### 4. 92/197-1 bis 92/197-27 Berichte des Regierungsrates vom 17. November 1992 und der Finanzkommission vom 3. Dezember 1992: 27 Budgetanträge zum Voranschlag 1993

#### Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

#### 20. Budgetantrag von Rudolf Keller betreffend Streichung der Position 2400/361.50, Direktionssekretariat JPMD, Beiträge an interkantonale Institutionen um Fr. 85'000.-- auf Fr. 0.--, weil keine Detailangaben vorhanden sind. (92/197-20)

**RUDOLF KELLER** zieht seinen Budgetantrag zurück, erwartet aber, dass im nächsten Jahr die grössten Beiträge detailliert aufgeführt werden.

Mit diesem Rückzug ist der Budgetantrag erledigt.

#### Erziehungs- und Kulturdirektion

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUPT:** Bezüglich dieser Direktion wurde eine grosse Zahl an Kürzungsanträgen gestellt. Ist der Landrat damit einverstanden, dass über diese Anträge gemeinsam abgestimmt wird?

REGIERUNGSRAT **PETER SCHMID:** Ich bin damit einverstanden, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt wird, doch sollte der Antrag betreffend die Kantonsbibliothek separat zur Abstimmung gebracht werden.

#### 2500 Direktionssekretariat Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.

- Verminderung um Fr. 10'000.-- auf Fr. 120'000.--.
- 2502 Allgemeines für die Schulen**  
Pos. 310.10 Allg. Drucksachen  
Verminderung um Fr. 2'000.-- auf Fr. 18'000.--.
- 2503 Projekte im Schulsektor**  
Pos. 319.70 Projekte  
Verminderung um Fr. 33'000.-- auf Fr. 1'042'000.--.
- 2510 Schul- und Büromaterialverwaltung**  
Pos. 310.20 Werbekosten Verlag  
Verminderung um Fr. 14'000.-- auf Fr. 106'000.--.  
Pos. 310.40 Schulnachrichten  
Verminderung um Fr. 8'500.-- auf Fr. 76'500.--.
- 2512 Schulpsychologischer Dienst**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 12'000.--.
- 2514 Amt für Berufsberatung**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 2'000.-- auf Fr. 19'000.--.
- 2522 Primar- und Realschulen**  
Pos. 310.71-1 Anschaffung Lehrmittel  
Verminderung um Fr. 110'000 auf Fr. 994'000.--.
- 2524 Werkjahr Baselland**  
Pos. 310.75 Anschaffungen, Einrichtungen  
Verminderung um Fr. 3'000.-- auf Fr. 31'000.--.  
Pos. 310.76-1 Verbrauchsmaterial  
Verminderung um Fr. 4'000.-- auf Fr. 32'000.--.  
Pos. 310.76-2 Material für Hauswirtschaft  
Verminderung um Fr. 4'000.-- auf Fr. 31'000.--.
- 2527 Sekundarschulen**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 5'000.-- auf Fr. 45'000.--.  
Pos. 310.71-1 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
Verminderung um Fr. 127'000.-- auf Fr. 1'493'100.--.  
Pos. 310.73 Schulmaterialien  
Verminderung um Fr. 41'000.-- auf Fr. 723'000.--.  
Pos. 310.76-1 Material für Handarbeit  
Verminderung um Fr. 51'000.-- auf Fr. 461'000.--.  
Pos. 310.76-5 Material für Hauswirtschaft  
Verminderung um Fr. 35'000.-- auf Fr. 315'000.--.  
Pos. 310.78 Schülerbibliotheken  
Verminderung um Fr. 9'000.-- auf Fr. 81'000.--.
- 2529 Lehrerfortbildung**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 1'500.-- auf Fr. 13'500.--.
- 2530 Gymnasium Liestal**  
Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
Verminderung um Fr. 5'000.-- auf Fr. 7'000.--.  
Pos. 310.73 Schulmaterialien  
Verminderung um Fr. 2'000.-- auf Fr. 4'500.--.  
Pos. 310.75 Anschaffungen verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 79'000.--.  
Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 10'000.-- auf Fr. 90'000.--.
- 2531 Gymnasium Münchenstein**  
Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
Verminderung um Fr. 9'800.-- auf Fr. 7'000.--.  
Pos. 310.75 Anschaffungen verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 8'500.-- auf Fr. 79'000.--.
- Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 8'000.-- auf Fr. 90'000.--.
- 2532 Gymnasium Muttenz**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 13'000.-- auf Fr. 45'000.--.  
Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
Verminderung um Fr. 4'300.-- auf Fr. 7'000.--.  
Pos. 310.75 Anschaffungen verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 30'500.-- auf Fr. 110'000.--.  
Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 9'800.-- auf Fr. 90'000.--.
- 2533 Gymnasium Oberwil**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 5'600.-- auf Fr. 46'000.--.  
Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
Verminderung um Fr. 4'000.-- auf Fr. 9'000.--.  
Pos. 310.75 Anschaffungen verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 10'000.-- auf Fr. 80'000.--.  
Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 5'200.-- auf Fr. 89'000.--.
- 2534 Diplommittelschulen**  
Pos. 365.11 Beiträge an KV BL für DMS 2  
Verminderung um Fr. 21'000.-- auf Fr. 4'399'000.--.
- 2536 Lehrerseminar**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 5'000.-- auf Fr. 40'000.--.  
Pos. 310.71-1 Lehrmittel etc.  
Verminderung um Fr. 30'000.-- auf Fr. 50'000.--.  
Pos. 310.75 Anschaffungen verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 6'000.-- auf Fr. 54'000.--.  
Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial verschiedene Fächer  
Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 29'000.--.  
Pos. 310.78 Bibliothek  
Verminderung um Fr. 5'000.-- auf Fr. 25'000.--.
- 2537 Reallehrerausbildung**  
Pos. 310.78 Bibliothek  
Verminderung um Fr. 2'000.-- auf Fr. 0.
- 2539 Ingenieurschule beider Basel**  
Pos. 361.30-1 Betriebskredit Anteil des Kantons Basel-Landschaft  
Verminderung um Fr. 50'000.-- auf Fr. 14'856'000.--.
- 2540 Amt für Berufsbildung**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 4'000.-- auf Fr. 36'000.--.  
Pos. 310.75 Anschaffungen Prüfungen  
Verminderung um Fr. 3'000.-- auf Fr. 27'000.--.  
Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial Prüfungen  
Verminderung um Fr. 17'000.-- auf Fr. 153'000.--.
- 2541 Grundschule Metall**  
Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 6'000.--.  
Pos. 310.75 Anschaffungen, Einrichtungen  
Verminderung um Fr. 8'000.-- auf Fr. 50'000.--.  
Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial  
Verminderung um Fr. 6'000.-- auf Fr. 53'000.--.
- 2542 Gewerbliche Berufsschule Liestal**  
Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
Verminderung um Fr. 2'000.-- auf Fr. 17'000.--.

Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
 Verminderung um Fr. 13'000.-- auf Fr. 80'000.--  
 Pos. 310.73 Schulmaterialien  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 9'000.--  
 Pos. 310.75 Anschaffungen für Berufsgruppen  
 Verminderung um Fr. 35'000.-- auf Fr. 305'000.--  
 Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial für Berufsgruppen  
 Verminderung um Fr. 15'000.-- auf Fr. 80'000.--  
 Pos. 310.78 Schülerbibliotheken  
 Verminderung um Fr. 10'000.-- auf Fr. 10'000.--

**2543 Gewerbliche Berufsschule Muttenz**

Pos. 310.10 Bürobedarf  
 Verminderung um Fr. 2'000.-- auf Fr. 17'000.--  
 Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
 Verminderung um Fr. 5'200.-- auf Fr. 67'000.--  
 Pos. 310.73 Schulmaterialien  
 Verminderung um Fr. 1'400.-- auf Fr. 14'000.--  
 Pos. 310.75 Anschaffungen für Berufsgruppen  
 Verminderung um Fr. 26'000.-- auf Fr. 260'000.--  
 Pos. 310.76 Verbrauchsmaterial für Berufsgruppen  
 Verminderung um Fr. 15'000.-- auf Fr. 135'000.--

**2545 Beiträge an die Handelsschule KB Baselland**

Pos. 365.11-1 Beiträge an Berufsschule KV  
 Verminderung um Fr. 21'000.-- auf Fr. 4'369'000.--  
 Pos. 365.11-2 Kosten Vorbereitungsschulen  
 Verminderung um Fr. 12'000.-- auf Fr. 2'438'000.--  
 Pos. 365.11-3 Kosten Handelsschule  
 Verminderung um Fr. 47'000.-- auf Fr. 9'673'000.--

**2547 Berufsmittelschule Baselland**

Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 8'000.--

**2548 Kantonale Techniker- und Techniker-  
 innenschule für Informatik**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 6'000.--  
 Pos. 310.71 Lehrmittel, Unterrichtshilfen  
 Verminderung um Fr. 16'500.-- auf Fr. 148'500.--

**2550 Jugendsozialdienst**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 6'000.--

**2562 Kantonsbibliothek**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 8'000.-- auf Fr. 68'000.--  
 Pos. 310.40 Publikationen  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 7'500.--  
 Pos. 310.90-1 Anschaffungen Bücher etc.  
 Verminderung um Fr. 12'000.-- auf Fr. 108'000.--  
 Pos. 310.90-2 Anschaffungen Audiovisuelle Medien  
 Verminderung um Fr. 1'500.-- auf Fr. 13'500.--

**2565 Sportamt**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 2'500.-- auf Fr. 25'000.--

**2567 Erwachsenenbildung**

Pos. 365.90-4 siehe Budgetanträge (unten)!

**2569 Forschungsstelle für BL-Geschichte**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 10'000.-- auf Fr. 10'000.--

**2571 Kantonsmuseum**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.

Verminderung um Fr. 3'000.-- auf Fr. 19'000.--  
 Pos. 310.30 Planmaterial etc.  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 7'000.--

**2572 Kantonsarchäologie**

Pos. 310.30 Planmaterial etc.  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 8'000.--  
 Pos. 314.80-1 Ausgrabungen, Forschungen und Konservierungen  
 Verminderung um Fr. 75'000.-- auf Fr. 275'000.--

**2574 Ausgrabungen Augst und Kaiseraugst**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 4'000.-- auf Fr. 21'000.--  
 Pos. 310.30 Planmaterial etc.  
 Verminderung um Fr. 4'000.-- auf Fr. 36'000.--  
 Pos. 314.80-1 Ausgrabungen und Forschungen in Augst  
 Verminderung um Fr. 50'000.-- auf Fr. 250'000.--  
 Pos. 314.80-2 Ausgrabungen/Forschungen in Augst/Etappe  
 Verminderung um Fr. 200'000.-- auf Fr. 400'000.--

**2575 Römermuseum Augst**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 3'000.-- auf Fr. 19'000.--  
 Pos. 310.30 Planmaterial etc.  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 12'000.--

**2576 Konservierungen/Ruinendienst Augst/Kaiseraugst**

Pos. 310.30 Planmaterial etc.  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 7'500.--

**2578 Abteilung Archäologische Auswertungen**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 500.-- auf Fr. 1'000.--  
 Pos. 310.30 Planmaterial etc.  
 Verminderung um Fr. 500.-- auf Fr. 1'000.--  
 Pos. 310.40 Publikationen  
 Verminderung um Fr. 5'000.-- auf Fr. 20'000.--

**2580 Kultur Sekretariat**

Pos. 310.10 Bürobedarf, etc.  
 Verminderung um Fr. 1'000.-- auf Fr. 12'000.--  
 Pos. 310.40 Publikationen etc.  
 Verminderung um Fr. 4'000.-- auf Fr. 30'000.--

**EDITH STAUBER:** Eigentlich war vorgesehen, 1 Mio. Franken pauschal vorwiegend bei den Lehrmitteln zu kürzen. Die Fraktion der Grünen hat schon in der Eintretensdebatte festgehalten, dass sie sich gegen die Kürzungen bei der Erziehungs- und Kulturdirektion stellt. Die Kürzungen haben für 1993 zwar keine Auswirkungen auf den Betrieb, 1994 werden sich aber Probleme zeigen, da die Zahl der Schüler und Schülerinnen zunimmt und keine Lehrmittel vorhanden sind. Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen.

REGIERUNGSRAT **PETER SCHMID:** Die Idee, in diesem Bereich 1 Mio. Franken einzusparen, ist in Zusammenhang mit den Anträgen der Finanzkommission zu sehen und entspricht nicht den ursprünglichen Anträgen des Regierungsrates. Daher fühle ich mich verpflichtet, Ihnen gruppenweise aufzuzeigen, welche Konsequenzen die Kürzungen mit sich bringen.

**Zu den Pos. 310.1:** Hier sind die Bereiche Bürobedarf und Literatur aller Schulen angesprochen. In allen Dienststellen der Erziehungs- und Kulturdirektion,

soweit es Schule, Kultur und Sport anbetrifft, kann ein Teil der Fachliteratur für den Berufsalltag nicht angeschafft werden. Im Bereich Drucksachen, die hauptsächlich der Information dienen, aber auch im Bereich der wissenschaftlichen Publikationen müssen Einschränkungen gemacht werden. In allen Dienststellen muss Verbrauchsmaterial, z. B. Kopien für den Verwaltungsbereich, kontingentiert werden. Arbeitskopien für Schülerinnen und Schüler müssen eingeschränkt oder kostendeckend abgegeben werden. Dienstleistungen von Dienststellen gegenüber Schulpflegern, Amtsstellen, Lehrerkonferenzen müssen eingeschränkt werden.

**Zu den Pos. 310.7:** Diese Positionen betreffen den eigentlichen Schulbereich. Eine Reduktion von rund 400'000 Franken im Bereich Lehrmittel und Schulmaterial für den Verbrauch durch die Volksschulen bedeutet, dass die Gebrauchsdauer für die leihweise zur Verfügung gestellten Lehrmittel verlängert werden muss. Heute gehen wir von einer durchschnittlichen Verbrauchsdauer von 4 Jahren aus. Ob eine Verlängerung möglich ist, ist eine andere Frage. Dass das Material sorgfältiger behandelt wird, hat der Regierungsrat nicht in der Hand. Einschränkungen im Bereich der Unterrichtshilfen bedeuten, dass keine neuen Unterrichtshilfen mehr angeschafft werden dürfen (keine neuen Hellraumprojektoren, Videokameras usw.). Probleme werden sich bei den zusätzlichen Ausstattungen im Bereich Physik und Chemie ergeben. Die geplanten Einführungen von Lehrmitteln und Unterrichtshilfen, Beschlüsse des Erziehungsrates, müssen neue etappiert und können nicht plangemäss umgesetzt werden. Am deutlichsten macht sich die Einschränkung im Bereich der Berufsschulen bemerkbar (im Bereich der Software für den Informatikunterricht). Die Einführung des Informatikunterrichts an den Schulen kann nicht plangemäss erfolgen. Bei den Gymnasien und Berufsschulen werden die Schulbibliotheken eingeschränkt.

Bei all diesen Einschränkungen muss darauf hingewiesen werden, dass sie zwar einmalig möglich sind, eine Reduktion der Lagerbestände bedeuten, was eigentlich keine Einsparung bedeutet, aber in den folgenden Jahren nicht fortgesetzt werden kann.

**Zur Kantonsbibliothek (Pos. 2562, Bericht der Finanzkommission):** Wenn dort der Anschaffungskredit gekürzt wird (Pos. 310.90-1 und 310.90-2) wird der Kantonsbibliothek die Substanz weggenommen. Sie kann dann ihrem Auftrag nicht mehr nachkommen. Ein Neubeschaffungskredit von 100'000 Franken kann angesichts der Bücherkosten nicht ausreichen.

**HEINRICH KELLERHALS:** Die Finanzkommission hat die Kürzungen aufgrund der Vorschläge von Regierungsrat Peter Schmid beschlossen. Die von Regierungsrat Peter Schmid heute geäußerten Bedenken entsprechen den Vorstellungen der Verwaltung und nicht ihm selbst. Ich bin sicher, dass Ueberpolster vorhanden sind und bitte Sie, den Kürzungen zuzustimmen.

**WILLI BERNEGGER:** Ich unterstreiche als Rektor der Berufsschule Muttenz das Votum von Regierungsrat Peter Schmid. Es wurden einfach 10 % gestrichen. Kürzlich wurde im Landrat betont, dass Informatikkurse u. a. für Arbeitslose unterstützt werden sollen. Wenn diese Beiträge nun gestrichen werden, können wir auch dieses Ziel nicht mehr erreichen, da schon der Regierungsrat Kürzungen vorgenommen hat. Vielleicht sind solche Reduktionen für ein Jahr möglich, doch

wird in den Budgettrichtlinien für das folgende Jahr wiederum von uns verlangt, 3% Realkürzungen vorzunehmen. Die Schulen werden damit ausgeblutet. Ich wehre mich nicht gegen diese Streichung, betone aber, dass sie Folgen für die Politlandschaft in unserem Kanton hat.

**KATHERINA FURLER zum Konto 2562 Kantonsbibliothek:** Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dies Kürzungen bezüglich der Anschaffung von Büchern nicht vorzunehmen. Eine Kantonsbibliothek hat den Auftrag auch Neues anzubieten, so dass eine solche Streichung schlimme Folgen hätte. Gute Bücher sind uns mehr Wert als gutausgebaute Strassen.

**KLAUS HILTMANN:** Die Subkommission IV der Finanzkommission hatte die Aufgabe, den Bereich Erziehungs- und Kulturdirektion zu prüfen. Angesichts der Situation und des Ziels auch den Sachaufwand etwas kürzen zu müssen, kamen wir zum vorliegenden Vorschlag. Bei der definitiven Abgabe von Lehrmitteln könnten auch noch Einsparungen gemacht werden. Ich stehe hinter einer guten Erziehungspolitik, doch müssen wir in Zukunft lernen, auch in diesem Bereich Reduktionen vorzunehmen. Dieser Beschluss gilt nur für ein Jahr und wird von mir hinsichtlich der Zukunft sehr gut im Auge behalten. Hinsichtlich der Kantonsbibliothek kann ich mich dem Beschluss der Finanzkommission nicht anschliessen.

**ROBERT SCHNEEBERGER:** Ich bin enttäuscht, dass eine Direktion aus dem von der Finanzkommission mit dem Regierungsrat geschnürten Paket ausscheren will. Wir sind der Ansicht, ein faires Paket vorgelegt zu haben. Letztlich hat auch jede Direktion dem Vorschlag zugestimmt. Die Finanzkommission ging von einer globalen Kürzung von 1 Mio. Franken aus. Welche Positionen davon in welchem Mass betroffen sind, wurde von Regierungsrat Peter Schmid vorgeschlagen. Ich verstehe nicht, warum sich jetzt alles ändern soll.

**SUSANNE BUHOLZER:** Wenn man bei einer Bibliothek arbeitet, sieht man, wie schnelllebig die Anschaffung solcher Bücher ist. Ich unterstütze den Antrag von Regierungsrat Peter Schmid, die Pos. 310.90-1 nicht zu streichen.

**KURT LAUPER:** Als Mitglied der Finanzkommission ging ich davon aus, dass in jeder Direktion 1 Mio. Franken gekürzt werden müssen. Um die obgenannten Positionen vor Streichungen zu verschonen, beantrage ich Ihnen, bei der Ingenieurschule beider Basel 500'000 Franken zu kürzen und die anderen Positionen entsprechend zu belassen.

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUP:** Heute können keine Budgetanträge mehr gestellt werden.

**KLAUS HILTMANN** bittet Kurt Lauper, von seinem Antrag abzusehen.

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUP:** Wir stimmen nun über alle obgenannten Anträge der Finanzkommission zum Voranschlag 1993 mit **Ausnahme des Kontos 2562 Kantonsbibliothek** ab.

**UELI KAUFMANN:** Ich beantrage, über die einzelnen Konten separat abzustimmen, um differenziert Schwerpunkte setzen zu können.

://: Der Landrat spricht sich mehrheitlich dafür aus, über die **Anträge der Finanzkommission zum Voranschlag 1993, mit Ausnahme des Kontos 2562 Kantonsbibliothek**, global abzustimmen.

://: Mit einer Mehrheit von 47 Stimmen wird den Anträgen der Finanzkommission zum Voranschlag 1993 - mit Ausnahme des Kontos 2562 Kantonsbibliothek, (**Korr.1,S.1749**) - zugestimmt.

://: Der Antrag der Finanzkommission betreffend Konto 2562 Kantonsbibliothek, (**Korr.2,S.1749**) wird mit 40 zu 35 Stimmen abgelehnt.

**21. Budgetantrag von Barbara Fünfschilling** betreffend Erhöhung der Position 2567/365.90, Erwachsenenbildung, Beiträge an Organisationen um Fr. 25'000.-- auf Fr. 50'000.-- und Reduktion der Position 2567/365.11-3, Erwachsenenbildung, Zentrum für Erwachsenenbildung um Fr. 25'000.-- auf Fr. 207'000.--, weil die Elternbildung Baselland intensiver unterstützt werden muss, und es sich bei der Elternbildung um **den** Bereich der Erwachsenenbildung handelt, der im Zentrum stehen wollte. (92/197-21)

**BARBARA FÜNFSCHILLING:** Auch für den Regierungsrat ist es in seiner Antwort unbestritten, dass die Elternbildung einen wichtigen Teil der Erwachsenenbildung darstellt und keine andere Organisation diese Aufgabe abdecken kann. Die Elternbildung hat eine präventive Zielsetzung. Ich habe aber die Auswirkungen hinsichtlich der Belastung des Betriebsbeitrages der Stiftung Zentrum für Erwachsenenbildung der Universität Basel zu wenig beachtet. Es war nicht vorgesehen, das eine gegen das andere auszuspielen. Die Kürzung dieses Beitrags hätte eine Auswirkung auf den Vertrag unseres Kantons mit dem Kanton Basel-Stadt. Andererseits bin ich überzeugt, dass die Erwachsenenbildung nicht beinahe ehrenamtlich abgewickelt werden sollte. Ich ändere daher den letzten Satz meines Budgetpostulats wie folgt ab: "In Kenntnis der momentanen finanziellen Lage des Kantons beantrage ich, den Budgetposten 2567/365.90 lediglich um 25'000 Franken zu erhöhen." Der Rest des Satzes fällt dahin. Ich bitte Sie, dem Budgetpostulat zuzustimmen.

**ESTHER AESCHLIMANN:** Die Zielrichtung des Postulates ist sehr gut. Elternbildung ist für die Kontaktförderung und zur Unterstützung aller, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, wichtig. Nach der von Barbara Fünfschilling vorgenommenen Aenderung des letzten Satzes unterstützt die SP-Fraktion das Budgetpostulat sehr.

://: Dem angepassten Budgetpostulat von Barbara Fünfschilling wird mit 37 zu 29 Stimmen zugestimmt.

**22. Budgetantrag der SP-Fraktion** betreffend Erhöhung der Position 2567/365.90-4, Erwachsenenbildung, Beitrag an die Berufs-, Bildungs- und Informationsbörse für Frauen um Fr. 40'000.-- auf Fr. 40'000.--, weil die Vorarbeiten bereits soweit gediehen sind, dass das Projekt, so wie es bereits im Regierungsprogramm vorgesehen ist, realisiert werden kann. (92/197-22)

**LISELOTTE SCHELBLE:** Ich hoffe, dass der Landrat neben der Finanzkommission und dem Regierungsrat diesem Postulat zustimmen wird. In Zusammenhang mit der Debatte über die Arbeitslosigkeit wurde ein Postulat betreffend die Frauenförderung überwiesen. Wenn der Kanton diese 40'000 Franken spricht, übernimmt das BIGA einen viel grösseren Teil.

://: Dem Budgetantrag der SP-Fraktion wird mehrheitlich zugestimmt.

**PETER BRUNNER:** Bezüglich der Beiträge an Kulturinstitutionen in Basel-Stadt stellt sich für mich die Frage, welche Ergebnisse die an der letztjährigen Budgetsitzung beschlossenen Studie über das Basler Orchester gezeigt hat.

REGIERUNGSRAT **PETER SCHMID:** An der letzten Budgetsitzung wurde eine solche Studie in bezug auf das Theater beschlossen. Hinsichtlich des Orchesters wurde mit knapper Mehrheit darauf verzichtet.

### **Polizeidirektion**

#### **2610 Motorfahrzeugkontrolle**

Pos. 406.10 Motorfahrzeugsteuern  
Verminderung um Fr. 12'400'000.-- auf Fr. 49'600'000.--.

://: Dem Antrag der Finanzkommission wird mehrheitlich zugestimmt.

**23. Budgetantrag von Kurt Lauper** betreffend Pauschal-Reduktion der Position 2640, Amt für Bevölkerungsschutz um Fr. 700'000.--, weil nach den massiven Kostensteigerungen in den letzten Jahren in Anbetracht der aktuellen Finanzlage des Kantons eine Ausgabenreduktion angezeigt ist. (92/197-23)

**KURT LAUPER:** Jetzt haben wir die Chance einem Budgetpostulat zuzustimmen, welches eine massive Verbesserung der finanziellen Situation des Kantons erreicht, ohne jemandem weh zu tun. Ich weiss, dass viele Gemeinden den Kanton um eine Reduktion gebeten haben.

REGIERUNGSRAT **ANDREAS KOELLREUTER:** Ich frage mich, ob Kurt Lauper dann auch bereit ist, den Mitarbeitern gegenüber seinen Antrag zu vertreten, wenn sie als Folge davon entlassen werden müssen. Der Gesamtbetrag von 7 Mio. Franken setzt sich aus 2,8 Mio. Franken für Löhne, 2 Mio. Franken für durchlaufende Beiträge (Beiträge des Bundes werden weitergegeben), gesetzlich festgelegten kantonalen Beiträgen an die Gemeinden und aus 1,4 Mio. Franken für den weiteren Betriebsaufwand zusammen. In diesen Kosten sind die Kursleiterkosten und weitere Personalkosten, Material usw. enthalten. Der Landrat hat den Regierungsrat in Zusammenhang mit der Katastrophe Schweizerhalle beauftragt, das Amt für Zivilschutz durch ein Amt für Bevölkerungsschutz zu ergänzen. Möglicherweise wurde daraufhin auf Befehl des Landrates übertrieben, doch wird dies die nun in Auftrag gegebene Strukturanalyse zeigen. Ich bitte Sie, dieser Strukturanalyse eine Chance zu geben. Mit dem Budgetpostulat wird nur eine grosse Verunsicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Dienststelle erreicht. Ich appelliere an das soziale Gewissen von Kurt Lauper und bitte Sie, das Budgetpostulat abzulehnen.



**PETER TOBLER:** Wir haben uns darüber beschwert, dass der Risikodialog zu wenig stattfindet. Diese Problematik muss als gesamtheitliches Thema beschlossen werden. Nun, ohne Blick in die Zukunft, einen Teil daraus zu streichen, wäre falsch. Wir dürfen dieser Diskussion die Mittel nicht wegnehmen.

**KLAUS HILTMANN:** Die Finanzkommission hat die Entwicklung der Stellenbestände überprüft und festgestellt, dass das Amt für Bevölkerungsschutz von 11 auf 27 1/2 Stellen aufgestockt wurde. Selbstverständlich haben wir durch unsere Beschlüsse einen Teil dieses Zuwachses ausgelöst. Das Ausmass wurde aber von uns nicht bestimmt. Meiner Ansicht nach können diese Stellen nicht weiterbestehen, wenn in anderen Bereichen einschneidende Massnahmen in Kauf genommen werden müssen. Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion ist zudem ohne Kürzungen davongekommen. Ich werde diese Position im Auge behalten. Ob jetzt wirklich 700'000 Franken gestrichen werden sollten, ist fraglich. Daher bitte ich Kurt Lauper, die Höhe des Betrages noch einmal zu überdenken.

**KURT LAUPER:** Ich halte an meinem Antrag fest. Auf Bundesebene wurden ca. 70 Mio Franken gestrichen, da hat niemand nach dem soziale Gewissen gefragt. Ich bin froh, dass eine Strukturanalyse erstellt wird, die zeigen wird, dass diese Kosten überflüssig sind und heute schon gestrichen werden können.

**JOSEF ANDRES:** Ich bitte Sie, der Finanzkommission zu folgen, die Ihnen beantragt, dem Vorstoss von Kurt Lauper zuzustimmen. Die Probleme sind erkannt, können aber nicht auf diese Weise gelöst werden.

**ADRIAN BALLMER:** Auch ich bitte Sie der Linie der Finanzkommission zu folgen. Ein derartiger Beschluss hätte eine "Teilamputation" zur Folge. Zuerst muss die Strukturanalyse erstellt und gewertet werden.

://: Der Budgetantrag von Kurt Lauper wird mehrheitlich abgelehnt.

**2640 Amt für Bevölkerungsschutz**  
Pos. 318.90 Kulturgüterschutz  
Verminderung um Fr. 20'000.-- auf Fr. 0.

://: Dem Antrag der Finanzkommission wird mehrheitlich zugestimmt.

### **Sanitätsdirektion**

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUP:** Auch hier stehen wieder in verschiedenen Bereichen die gleichen Positionen zur Diskussion. Kann die Abstimmung global erfolgen?

**ROLAND MEURY:** Die **Position 2725** betrifft die Freizügigkeitspatienten und -patientinnen. Ca. 13 Mio. Franken stehen hier in der Schwebe. Wird damit gerechnet, dass mit diesen 13 Mio. Franken, die im nächsten Jahr dem Kanton Basel-Stadt aufgrund der fehlenden Freizügigkeit nicht abgegolten werden sollen, die fehlenden Betten im Kanton Basel-Landschaft erstellt werden können?

REGIERUNGSRAT **WERNER SPITTELER:** Wir rechnen damit, dass die beiden Lösungen mindestens kostenneutral sind. Auch Einsparungen sind möglich, da kaum zusätzliches Personal nötig wird.

**URSULA BISCHOF:** Ueber die Anträge zur Sanitätsdirektion sollte nicht global abgestimmt werden.

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUP:** Ich stelle die Budgetanträge einzeln zur Diskussion.

### **2730 Kantonsspital Liestal**

Pos. 301.50 Löhne  
Erhöhung um Fr. 500'000.-- auf Fr. 61'021'000.--  
Pos. 311.50 Ersatz und Neuanschaffung von Mobiliar Verminderung um Fr. 290'000.-- auf Fr. 1'641'000.--  
Pos. 314.20 Unterhalt und Reparaturen an Immobilien Verminderung um Fr. 150'000.-- auf Fr. 730'000.--  
Pos. 432.11 Pflgetaxen  
Erhöhung um Fr. 1'470'000.-- auf Fr. 34'510'000.--

://: Der Antrag der Finanzkommission wird mehrheitlich gutgeheissen.

### **2735 Kantonsspital Bruderholz**

Pos. 301.50 Löhne  
Erhöhung um Fr. 1'500'000.-- auf Fr. 76'061'000.--  
Pos. 311.50 Ersatz und Neuanschaffungen von Mobilien  
Verminderung um Fr. 524'500.-- auf Fr. 1'765'500.--  
Pos. 314.20 Unterhalt und Reparaturen an Immobilien  
Verminderung um Fr. 430'000.-- auf Fr. 1'479'000.--  
Pos. 432.11 Pflgetaxen  
Erhöhung um Fr. 2'290'000.-- auf Fr. 50'504'000.--

://: Dem Antrag der Finanzkommission wird mehrheitlich zugestimmt.

### **2740 Kant. Psychiatrische Klinik, interne Dienste**

Pos. 311.50 Ersatz und Neuanschaffungen von Mobilien  
Verminderung um Fr. 68'100.-- auf Fr. 849'000.--  
Pos. 314.20 Unterhalt und Reparaturen an Immobilien  
Verminderung um Fr. 600'000.-- auf Fr. 687'000.--

**URSULA BISCHOF:** Dem ersten Streichungsantrag der Finanzkommission kann ich mich anschliessen. Ich bitte Sie aber eindringlich, den zweiten Antrag nicht gutzuheissen. Es handelt sich hier um eine Langzeitstation, um Menschen, die teilweise 30 Jahre in der Klinik sein müssen. Sie leben in einem Altbau und verfügen auf der ganzen Station über 2 Toiletten für über 20 Personen.

**ROLF EBERENZ:** Dieser Vorschlag entspricht der Sparübung des Regierungsrates, hinter dem er aber global nicht stand.

REGIERUNGSRAT **WERNER SPITTELER:** Die Sanitätsdirektion hatte den Auftrag, 2 Mio. Franken zu kürzen und musste Lösungen suchen, den Betrieb aufrechterhalten zu können. Wenn der Landrat von uns diese Abstriche verlangt, müssen wir sie irgendwo vornehmen, stehen aber in diesem Falle nicht dahinter.

**URSULA BISCHOF:** Ich weiss, dass wir sparen müssen, doch ist es ungerecht, wenn die Polizeidirektion ohne Streichungen davonkommt, an dieser Stelle aber gekürzt wird.

REGIERUNGSRAT **ANDREAS KOELLREUTER:** Es wird schon zum zweiten Mal angeführt, bei der Justiz-, Polizei- und Sanitätsdirektion seien keine Kürzungen vorgenommen worden. Im letzten Frühling habe ich meinen Dienststellen klargemacht, dass sie sich bescheiden müssen. Wenn in Zukunft vor allem auf Streichungen im Landrat Wert gelegt wird, werde ich mich mit solchen Äusserungen zurückhalten. Meine Direktion weist im nächsten Jahr 4,2% Mehrkosten auf, aber nur die Hälfte der 4,2% sind tatsächliche teuerungsbedingte Kosten. Die restlichen 2,1% hängen mit einem Nachholbedarf bei der Kantonspolizei zusammen.

://: Der Antrag der Finanzkommission betreffend 2740/311.50 Ersatz und Neuanschaffungen von Mobilien Verminderung um Fr. 68'100.-- auf Fr. 849'000.-- wird mehrheitlich gutgeheissen.

://: Der Antrag der Finanzkommission betreffend 2740/314.20 Unterhalt und Reparaturen an Immobilien Verminderung um Fr. 600'000.-- auf Fr. 687'000.-- wird mit 34 zu 27 Stimmen abgelehnt.

#### **2742 Kant. Psychiatrische Klinik, externe Dienste**

Pos. 311.50 Ersatz und Neuanschaffungen von Mobilien  
Verminderung um Fr. 18'500.-- auf Fr. 55'500.--.

://: Der Antrag der Finanzkommission wird mehrheitlich gutgeheissen.

#### **Kirchendirektion**

Kein Wortbegehren.

#### **Militärdirektion**

**25. Budgetantrag von Kurt Lauper** betreffend Streichung der Position 2905/362.10, Militärverwaltung, Beiträge an die Schiessanlagen um Fr. 150'000.-- auf Fr. 0.--, weil das Bauvorhaben ohne weiteres verschoben werden kann.  
(92/197-25)

**KURT LAUPER:** Auch mit der Zustimmung zu diesem Budgetantrag können wir das Budget verbessern. Mir ist klar, dass gesetzliche Grundlagen für diese Schiessanlagen bestehen und diese Zusammenlegungen vom Kanton Subventionen erhalten. Es geht aber drum, Zeichen zu setzen. Der Regierungsrat ist nicht verpflichtet, die Beiträge in dem Jahr auszuzahlen, in dem die Gemeinden das wünschen. Die angeführte Begründung des Lärmschutzes ist nicht nur in diesem Fall wichtig. Die Benutzer dieser Anlagen kommen oft mit lauten Autos dort hin und tragen auch so zum Lärm bei. Die Schiessanlagen werden nicht so häufig benutzt, dass der Schiesslärm so im Vordergrund steht. Für mich ist auch nicht klar, ob die Schiessstände noch nötig sind. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

**ROBERT SCHNEEBERGER:** Ich bitte Sie, diesem Streichungsantrag nicht stattzugeben. Die gesetzlichen Grundlagen für diese Subventionsbeiträge bestehen. Wenn die beiden Gemeinden eine Zusammenlegung beschlossen haben, so taten sie dies auch im Hinblick auf die Bestimmungen der Lärmschutzverordnung. Die Beiträge müssen ausbezahlt werden.

**PETER MINDER:** Es wäre ungerecht, wenn diese beiden Gemeinden jetzt so behandelt würden. Diese Lösungen werden aufgrund der Lärmschutzverordnung gesucht. Der Schiesssport hat sich institutionalisiert. Die Schützen unterhalten ihre Anlage selbst, tragen die Elektrizitätskosten usw. Die Öffentlichkeit hat hier im Gegensatz zu anderen Sportarten wenig Kosten zu tragen.

**ADOLF BRODBECK:** Sie kennen alle die Klagen der Gemeinden über die ihnen vom Kanton aufgebürdete Finanzlast. Genau das könnte jetzt wieder entstehen. Die beiden betroffenen Gemeinden haben die Beschlüsse schon gefasst. Die Unterstützung des Streichungsantrages würde den Gemeinden teuerungsbedingte Mehrkosten auferlegen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

**DANILO ASSOLARI:** Der Schiesssport ist in unserem Kanton ein Traditionssport, an dem nicht gerüttelt werden sollte. Die Lärmschutzverordnung muss vollzogen werden. Eine Inventarisierung durch den Regierungsrat hat ergeben, dass gewisse Anpassungen nötig sind, was u. a. zu diesem Antrag geführt hat. In Reinach besteht der raumplanerische Nutzungskonflikt zwischen Schiesssport und Schutz der Bevölkerung ebenfalls. Es wäre falsch, die Subventionen für die beiden Gemeinden zu verzögern. Der Antrag sollte abgelehnt werden.

**PETER TOBLER:** Wenn wir die Chance haben, die Lärmsituation bei den Schiessanlagen zu verbessern, dürfen wir keine falschen Signale aussenden. Bitte, lehnen Sie diesen Antrag ab.

REGIERUNGSRAT **ANDREAS KOELLREUTER:** Die Gemeinden werden hier aufgrund einer gesetzlichen Grundlage entlastet. Verschiebungen führen schliesslich nur zu Mehrbelastungen der betroffenen Gemeinden und Verzögerungen in anderen Gemeinden.

://: Das Budgetpostulat von Kurt Lauper wird mehrheitlich abgelehnt.

#### **Amt für Landwirtschaft, Gerichte, Ombudsman, Spezialrechnungen, Institutionen mit Ausgeschiedenem Zweckvermögen**

Kein Wortbegehren.

#### **Rückkommensantrag:**

##### **Allgemeine Personalkosten/2175**

Pos. 301.00-4 Kürzung Teuerungsausgleich  
Erhöhung um Fr. 6'000'000.-- auf Fr. -6'000'000.--.

**ROLAND LAUBE:** Nach dem gestrigen Beschluss wurden verschiedene Diskussionen geführt und Ueberlegungen angestellt. Ein Konsens herrscht jetzt darüber, dass sich der Kanton in einer unmöglichen Situation befindet, Beschwerden erwartet werden müssen und lange Unsicherheiten bestehen werden. Angesichts dieser Situation beantragen wir, auf den Entscheid zurückzukommen. Anschliessend beantragen wir, den Fehlentscheid zu korrigieren.

**PETER TOBLER:** Die Situation wird durch ein Rückkommen auf den Entscheid nicht besser.

://: Der Antrag der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen auf **Budgetposition 2175/301.004** zurückzukommen wird mit 39 zu 35 Stimmen abgelehnt.

Es stimmten mit Ja:

Esther Aeschlimann, Ursula Bischof, Peter Brunner, Rös Frei, Käthi Furler, Rös Graf, Ruth Greiner, Jacqueline Halder, Ruth Heeb, Klaus Hiltmann, Margot Hunziker, Reto Immoos, Alex Jeitziner, Max Kamber, Ueli Kaufmann, Peter Kuhn, Werner Kunz, Roland Laube, Kurt Lauper, Roland Meury, Daniel Müller, Peter Niklaus, Elisabeth Nussbaumer, Lukas Ott, Vreni Ottowitz, Heidi Portmann, Günther Schaub, Liselotte Schelble, Roger Schlumpf, Annemarie Spinnler, Edith Stauber, Andrea Strasser, Oskar Stöcklin, Bruno Weishaupt und Alfred Zimmermann

Es stimmten mit Nein:

Jörg Affentranger, Josef Andres, Danilo Assolari, Adrian Ballmer, Willi Bernegger, Hansruedi Bieri, Willi Breitenstein, Adolf Brodbeck, Susanne Buholzer, Verena Burki, Paul Dalcher, Kurt Degen, Rolf Eberenz, Rudolf Felber, Barbara Fünfschilling, Béatrice Geier, Fritz Graf, Willy Grollimund, Gregor Gschwind, Martha Haller, Claude Hockenjos, Peter Jenny, Hans Ulrich Jourdan, Rudolf Keller, Heinrich Kellerhals, Rita Kohlermann, Robert Marti, Peter Minder, Alfred Peter, Robert Piller, Max Ribl, Alfred Schmutz, Robert Schneeberger, Elsbeth Schneider, Ernst Thöni, Peter Tobler, Heidi Tschopp, Hans Rudi Tschopp, und Hermann Waibel

Es enthielten sich der Stimme:

Peter Degen, Ernst Schindler, Hans Schäublin

Abwesend waren:

Andres Klein, Roger Moll, Dorothee Widmer

*Für das Protokoll:  
Maritta Zimmerli, Protokollsekretärin*

\*

## Anträge der Finanzkommission

### Ziffer 1

Diese lautet bereinigt wie folgt:

Dem Staatsvoranschlag 1993 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von Fr. 1`534`284`037.-- (inkl. Abschreibungen von Fr. 79`300`000.--) und einem Ertrag von Fr. 1`500`948`867.--, ergebend einen Ausgabenüberschuss von Fr. 33`335`170.--, wird zugestimmt.

://: Ziffer 1 wird mit grossem Mehr genehmigt.

### Ziffer 2

://: Der unveränderten Ziffer 2 wird mit grossem Mehr zugestimmt.

### Ziffer 3

Diese lautet bereinigt wie folgt:

Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von

Fr. 33`335`170.--, Abschreibungen von Fr. 79`300`000.-- und einem Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung von Fr. 145`995`900.--, ergebend einen Finanzierungssaldo von Fr. -100`031`070.--, wird Kenntnis genommen.

### Ziffer 4

://: Diese wird mit grossem Mehr genehmigt.

### Ziffer 5

://: Dieser wird mit grossem Mehr zugestimmt. Sie lautet:

Den Voranschlägen 1993 der  
- Basellandschaftlichen Rheinhafenanlagen  
- Ingenieurschule beider Basel, Muttenz  
- Motorfahrzeugprüfstation beider Basel, Münchenstein  
- Stiftung Kirchen- und Schulgut  
wird zugestimmt.

### Ziffer 6 (neu)

**ROLF EBERENZ:** Die FDP ist der Ansicht, dass die noch fehlende Lücke betreffend Teuerungsausgleich geschlossen werden muss, damit der Regierungsrat den Antrag an den Landrat zur Aenderung des Beamtendekretes unterbreiten kann. Wir wissen, dass es der Wille der Mehrheit ist, dass auch die Beamenschaft einen kleinen Beitrag zur Gesundung des Staatshaushaltes leisten soll, nachdem in den letzten Jahren die Beschlüsse des Landrates alle zugunsten des Personals ausgefallen sind. Er bittet daher, nachstehender Ziffer 6 des Landratsbeschlusses zustimmen, wobei die FDP-Fraktion namentliche Abstimmung verlangt:

"In Ausführung des Landratsbeschlusses betreffend Reduktion des Teuerungsausgleichs um 0,5 % beauftragt der Landrat die Regierung, an der ersten Landratssitzung im Januar 1993 eine Vorlage zu unterbreiten betreffend die Aenderung des Dekretes vom 17. Mai 1979 zum Beamtengesetz."

**EDITH STAUBER** lehnt diesen Antrag ab, umso mehr, als das vom Regierungsrat unterbreitete Budget noch mit einer Teuerungsrate von 4% gerechnet hat.

**MAX KAMBER:** Was passiert, wenn der Beschluss des Landrates von einem Betroffenen gerichtlich angefochten wird?

**ROBERT SCHNEEBERGER** bemerkt zu Edith Stauber, dass die Kürzung bereits beschlossen wurde und das Budget nicht mehr auf der Annahme einer 4 %-Teuerung beruht.

**ROLAND MEURY:** Kann die Ratskonferenz ein Geschäft auf die Traktandenliste setzen, das noch gar nicht vorhanden ist?

**EDITH STAUBER:** Für die Teuerung gilt der November-Index, und das Dekret sagt klar, dass der Regierungsrat die Teuerung festlegt.

**ROLF EBERENZ:** Es ist ganz klar, dass der Landrat die Traktandierung dieses Geschäftes verlangen kann. Zu Edith Stauber: Es steht nicht im Gesetz, dass der Regierungsrat noch im alten Jahr über die Teuerung des kommenden Jahres entscheiden muss. Im Dekret steht

hingegen die Frage des Inkrafttretens. Es ist ja im übrigen auch schon vorgekommen, dass der Landrat das Budget erst in der Januar-Sitzung verabschiedet hat. Zur Frage von Roland Meury: In der Praxis ist dies schon des öfters vorgekommen.

**JÖRG AFFENTRANGER:** Wir stehen nur dann unter einem Zwang, wenn etwas gesetzlich festgelegt ist. Das Dekret kann der Landrat hingegen jederzeit ändern. Das Gesetz gibt dem Landrat diesbezüglich weitgehende Vollmachten. Die Staatsbeamten wissen aufgrund der Debatte im voraus, dass die volle Teuerungszulage ab Februar 1993 nicht unbedingt gewährleistet ist.

**WILLI BREITENSTEIN:** Was machen wir für einen Eindruck, wenn wir nicht einmal mehr in der Lage sind, im Landrat über die Teuerungszulage zu debattieren?

://: In namentlicher Abstimmung wird dem Antrag von Rolf Eberenz zur Aufnahme der neuen Ziffer 6 bei 6 Enthaltungen mit 38 : 34 Stimmen zugestimmt.

#### Es stimmten mit Ja:

Jörg Affentranger, Josef Andres, Danilo Assolari, Adrian Ballmer, Willi Bernegger, Hansruedi Bieri, Willi Breitenstein, Adolf Brodbeck, Susanne Buholzer, Verena Burki, Paul Dalcher, Kurt Degen, Rolf Eberenz, Rudolf Felber, Barbara Fünfschilling, Beatrice Geier, Fritz Graf, Willy Grollimund, Gregor Gschwind, Martha Haller, Claude Hockenjos, Peter Jenny, Hans Ulrich Jourdan, Heinrich Kellerhals, Rita Kohlermann, Robert Marti, Peter Minder, Alfred Peter, Robert Piller, Max Ribi, Alfred Schmutz, Robert Schneeberger, Elsbeth Schneider, Ernst Thöni, Peter Tobler, Heidi Tschopp, Hans Rudi Tschopp und Hermann Waibel.

#### Es stimmten mit Nein:

Esther Aeschlimann, Franz Ammann, Ursula Bischof, Peter Brunner, Rös Frei, Käthi Furler, Rös Graf, Ruth Greiner, Jacqueline Halder, Ruth Heeb, Klaus Hiltmann, Margot Hunziker, Reto Immoos, Alex Jeitziner, Max Kamber, Ueli Kaufmann, Peter Kuhn, Werner Kunz, Roland Laube, Kurt Lauper, Roland Meury, Daniel Müller, Peter Niklaus, Elisabeth Nussbaumer, Lukas Ott, Vreni Ottowitz, Heidi Portmann, Günther Schaub, Liselotte Schelble, Roger Schlumpf, Annemarie Spinner, Edith Stauber, Andrea Strasser und Alfred Zimmermann

#### Enthaltungen:

Peter Degen, Rudolf Keller, Ernst Schindler, Oskar Stöcklin und Bruno Weishaupt.

### Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung wird dem Staatsvoranschlag 1993 **mit 54 : 9 Stimmen zugestimmt** und demnach beschlossen:

1. Dem Staatsvoranschlag 1993 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von Fr. 1`534`284`037.-- (inkl. Abschreibungen von Fr. 79`300`000.--) und einem Ertrag von Fr. 1`500`948`867.--, ergebend einen Ausgabenüberschuss von Fr. 33`335`170.--, wird zugestimmt.
2. Dem Staatsvoranschlag 1993 der Investitionsrechnung mit Ausgaben von Fr. 162`356`100.-- und Einnahmen von Fr. 16`360`200.--, ergebend einen Ausgabenüberschuss von Fr. 145`995`900.--, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 33`335`170.--, Abschreibungen von Fr. 79`300`000.-- und einem Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung von Fr. 145`995`900.--, ergebend einen Finanzierungssaldo von Fr. -100`031`070.--, wird Kenntnis genommen.
4. Der Landrat nimmt davon Kenntnis, dass der Regierungsrat 1993 vorsorglich Landerwerb im Umfang von netto maximal 5,5 Mio Franken tätigt.
5. Den Voranschlägen 1993 der
  - Basellandschaftlichen Rheinhofenanlagen
  - Ingenieurschule beider Basel, MuttENZ
  - Motorfahrzeugprüfstation beider Basel, Münchenstein
  - Stiftung Kirchen- und Schulgut
 wird zugestimmt.
6. In Ausführung des Landratsbeschlusses betreffend Reduktion des Teuerungsausgleichs um 0,5 % beauftragt der Landrat die Regierung, an der ersten Landratssitzung im Januar 1993 eine Vorlage zu unterbreiten betreffend die Aenderung des Dekretes vom 17. Mai 1979 zum Beamtengesetz.

Für das Protokoll:  
Hans Artho, Protokollsekretär

\*

Nr. 1117

### 8. 92/279 Fragestunde

#### 1. Peter Kuhn: Europa-Politik

Noch nie wurde eine Abstimmungskampagne in unserem Land vorgängig von so vielen Meinungsumfragen begleitet wie diejenige über den EWR-Vertrag vom 6. Dezember 1992. Es war zu erwarten, dass die Kantone der Suisse Romande und die beiden Basler Kantone den EWR-Vertrag annehmen würden, und es war zumindest vorherzusehen, dass die Mehrheit der Stände diesem Vertrag nicht zustimmen werde.

Die Kantone der Romandie und Basel-Stadt scheinen sich im Vorfeld der Abstimmung auf diese neue Situation eingestellt zu haben. Die Gründung einer "Commission concertante" in Bern und die Erklärung der Basler Regierung sprechen dafür. Die Baselbieter Regierung verhält sich jedoch erstaunlich passiv. Das ist zumindest dem Interview von Regierungsrat Peter Schmid nach der Abstimmung zu entnehmen.

Ich gestatte mir deshalb folgende **Fragen**:

1. Nachdem sich die Regierung des Kantons Basel-Landschaft vor der Abstimmung zu einer Ja-Erklärung durchgerungen hat, scheint nach der Abstimmung innerhalb des Regierungsrates kein Konsens mehr zu bestehen, wie es weiter gehen soll. Ist diese Beurteilung richtig oder falsch? Geben die regierungsrätlichen Gegner des EWR-Vertrages nun den Ton an?
2. Ist zu erwarten, dass der Regierungsrat sich in dieser schwierigen Zeit weiterhin dem Baselbieter-Lied "mir wei luege" verbunden fühlt, oder gilt inskünftig die Parole, "Le Canton de Bâle-Campagne n'existe pas"? Die Aussage von Regierungsrat Hans-Rudolf Striebel, dass der Kanton Basel-Stadt inskünftig eine Führungsrolle übernehmen müsse, würde eher die zweite Aussage bekräftigen.
3. An der 700-jährigen Jubelfeier der Eidgenossenschaft wollte der Kanton Basel-Landschaft mit nicht unerheblichem finanziellen Aufwand eine Brücke über den "Röstigraben" legen und pflegte intensive Kontakte zum Kanton Genf. Blieben diese Beziehungen nur auf die Festlichkeiten beschränkt und gelten sie heute nicht mehr?
4. Welcher regierungsrätliche Vertreter des Kantons Basel-Landschaft nahm an der "Commission concertante" teil und welche Vorschläge hat er dort im Namen einer Volksmehrheit unseres Kantons, die für eine Öffnung hin zu Europa war, eingereicht?

REGIERUNGSRAT **PETER SCHMID**: Der Ingress ist irgendwie typisch für die Aufarbeitung der EWR-Abstimmung. Es wurde keine "Commission concertante" gegründet, sondern es wurde nur der Eindruck einer unglaublichen Aktivität entwickelt. Der Regierungsrat von Baselland tritt nicht für Passivität ein, sondern für überlegte Besonnenheit. Die Stimmberechtigten der Schweiz haben die Mitwirkung unseres Landes beim EWR abgelehnt. Sie haben damit "den schwierigeren Weg gewählt", wie der Bundesrat sagte - aber sie haben gewählt. Diese Ablehnung ist nun weder durch Pressemitteilungen, Wort- oder Begriffsschöpfungen noch durch Aktivismus zu beseitigen. Es wäre falsch, nun so zu tun, als könnten einige Kantone für sich allein die Mitwirkung am EWR erreichen. Eine EG, welche bisher nur mit den EFTA-Staaten gemeinsam verhandeln wollte, dürfte mit einem Verhandlungsangebot an einzelne Kantone eher geizen. Unser Regierungsrat wagt es nicht, der eigenen Bevölkerung gewissermassen einen "Mini-EWR" durch das Hintertürchen zu versprechen. Ein solcher ist schon gar nicht zu erreichen durch die Lancierung einer Initiative zum Vollkanton. Bis heute war es üblich, ein gesamtschweizerisches Abstimmungsergebnis zunächst zu akzeptieren, auch dann, wenn der Ausgang eher ärgerlich ausfiel. Der Alleingang einzelner "andersdenkender" Kantone darf aber nicht leichtfertig

versprochen werden. Es ist zunächst Aufgabe unserer Landesregierung, Abklärungen bei den übrigen europäischen Partnern zu treffen. Zunächst einmal bereitet die Verwirklichung des EWR ohne die Schweiz genügend Probleme. Sonderangebote für Nichtmitglieder sind vor der Verwirklichung schwer diskutierbar. Das Verhältnis zwischen der Westschweiz und der deutschsprachigen Schweiz zeigte am Sonntag vorerst einmal eine totale Spaltung, welche aber bereits am Montag nach einer Umfrage des "Le Matin" etwas relativiert wurde. Schon am Sonntagabend war klar, dass der Bundesrat die Kantonsregierungen zu Konsultationen zusammenrufen will. Keine Kantonsregierung musste diesen Vorschlag zuerst erfinden. In allen Kantonen hat es Befürworter und Gegner des EWR gegeben. Der Ruf nach Deregulierung darf nicht unüberlegt übernommen werden: Ein Ja zum EWR war mit Vor- und Nachteilen verbunden. Heute wollen uns einige Gegner nur noch die Nachteile beschern durch Angriffe auf die Raumplanung oder auf die Umweltschutzgesetzgebung. Die einzelnen Fragen können wie folgt beantwortet werden:

1) Diese Beurteilung ist grundsätzlich falsch.

2) In der "Groupe de concertation" ist unser Kanton durch Hans Fünfschilling vertreten. Zur heute stattfindenden Sitzung musste die Teilnahme zufolge der Landratsitzung abgesagt werden. Eine Aussprache mit einer Delegation des Bundesrates findet am 18. Dezember statt. Dabei sollen die Möglichkeiten nach Art. 9 und 10 der Bundesverfassung ausgelotet werden. Ebenfalls wird die Möglichkeit einer eigenen Agentur in Brüssel - ähnlich wie Baden-Württemberg - geprüft werden. Ebenfalls sollen die Europadelegierten im Auftrag der Nordwestschweizer Regierungskonferenz die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausleuchten. Eine nächste Sitzung der NWS-Regierungskonferenz findet übrigens unter dem Präsidium von Werner Spitteler am 15. Januar 1993 voraussichtlich im Baselbiet statt. Ebenfalls am 18. Dezember findet eine Aussprache des Kontaktgremiums statt, an welcher Hans Fünfschilling teilnehmen wird.

An Beschlüssen unseres Regierungsrates wären zu nennen: Die Zusammenarbeit in der Regio Oberrhein wird selbstverständlich fortgeführt. Gefragt ist Qualität und nicht Quantität. Die Direktionen erhalten den Auftrag, sorgfältig abzuklären, wo die Zusammenarbeit konkretisiert werden kann, wo es Möglichkeiten gibt für Vorleistungen gegenüber dem Departement Haut-Rhin, dem Regierungspräsidium Freiburg oder gar im ganzen Oberrhein-Gebiet. Diese Arbeiten sollen bis Ende März wenn möglich abgeschlossen sein. Die Arbeit wird mit Basel-Stadt koordiniert. Die Zusammenarbeit mit den französischsprachigen Kantonen soll ebenfalls intensiviert werden. Gewisse Körperschaften bestehen schon heute.

**PETER KUHN** verdankt die umfassende Antwort herzlich.

**RUDOLF KELLER**: Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass man die beachtlichen 47 % Nein-Stimmen ebenfalls gebührend berücksichtigen soll?

**PETER SCHMID** hat versucht darzulegen, dass sich der Regierungsrat bemüht, keine kurzetappierte Politik zu betreiben.

## 2. Ursula Bischof: Frauenhaus

Wir mussten der Presse entnehmen, dass die Birmann-Stiftung unter männlicher Leitung die Planung des Baselbieter Frauenhauses an die Hand nehmen sollte. Nach verschiedenen Protesten von Frauenorganisationen hat diese Organisation nun die Mitarbeit gekündigt und auch die finanzielle Unterstützung widerrufen. Auch diese Information erhielten wir nur durch die Presse.

### Fragen:

1. Was geht nun weiter mit dem geplanten Frauenhaus im Baselbiet?
2. Wie stellt sich die Regierung zum Angebot der Frauenorganisationen, die weitere Planung und Durchführung zu übernehmen?

REGIERUNGSRAT **WERNER SPITTELER**: Die Fragen können wie folgt beantwortet werden:

1. Das ursprünglich in Birsfelden geplante Haus wird sicher nicht mehr in Frage kommen, nachdem dies in der Presse so ausführlich kommentiert wurde.
2. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Frauenorganisationen beigezogen werden sollen, wie dies übrigens schon vorher gedacht war.

**URSULA BISCHOF**: Was ist der Grund, weshalb der Regierungsrat diese Aufgabe nicht dem Büro für Gleichstellung übertragen will.

**WERNER SPITTELER**: Das Frauenbüro ist in diesem Sinne eben kein Exekutiv-Organ.

**HEIDI PORTMANN**: Hat man mit dem Gleichstellungsbüro in dieser Frage überhaupt Kontakt aufgenommen?

**WERNER SPITTELER**: Es gibt ja eine Kommission, welche sich solcher Fragen annimmt.

## 3. Verena Burki: Spitalabkommen

Im April 1991 haben nach ausführlichen Debatten über regionale Spitalplanung die beiden kantonalen Parlamente von Basel-Stadt und Basel-Landschaft u.a. den beiden folgenden Thesen zugestimmt:

- Die Freizügigkeit bei Spitalwahl zwischen den beiden Kantonen soll erhalten bleiben.
- Der Fortbestand der medizinischen Fakultät an der Universität Basel soll gewährleistet sein.

Aufgeschreckt durch die Nachricht in der Presse "Freizügigkeit bei Spitalwahl läuft aus" bitte ich die Regierung um Beantwortung folgender

### Fragen:

1. Stimmt es, dass die Baselbieter Regierung bereit gewesen wäre, das bisherige Spitalabkommen für 6 - 12 Monate weiterlaufen zu lassen als Uebergangslösung, um nicht unter Zeitdruck verhandeln zu müssen? (d.h. für die Behandlung von Baselbieter Freizügigkeitspatienten 10 Millionen Franken an Lehre und Forschung)

2. Ist die Meldung von Radio DRS richtig, dass von Basel-Stadt zusätzliche 8 - 11 Millionen Franken für eine Interimslösung von seiten BL erwartet worden wäre?

3. Stimmt die Aussage im Radio DRS-Bericht, dass das Baselstädter-Ziel für ein definitives Abkommen ein um rund 40 Millionen Franken höherer Beitrag von seiten BL gewesen wäre?

4. Ist die Baselbieter Regierung bereit, zusammen mit der Universität Basel vermehrt auch unsere beiden Kantonsspitäler in die medizinische Ausbildung einzubeziehen? (Mit der Kündigung des Spitalabkommens ist die Patientenbasis für die Ausbildung der Medizinstudenten nochmals schmaler geworden.)

REGIERUNGSRAT **WERNER SPITTELER** beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

1. Anlässlich eines Sachbearbeitertreffens vom 16. November 1992 hatte Basel-Stadt einen "Kompromissvorschlag zu einer Uebergangslösung" unterbreitet:

"Die bisherige Regelung soll mit den nachfolgenden Ergänzungen verlängert werden:

- befristet bis Mitte 1993 (Verlängerung um ein halbes Jahr)
- zusätzliche Abgeltung eines Investitionskostenzuschlages für KUVG-Patienten (aufgrund der bisherigen Verhandlungen unbestrittener Punkt)
- zusätzliche Abgeltung für FZ-Patienten (statt Kostensatz der Referenzspitäler, VESKA-Durchschnittskosten des leistungserbringenden Spitals)
- separater Abschluss eines Spitalschulabkommens (aufgrund der bisherigen Verhandlungen unbestrittener Punkt).

Im weiteren wird davon ausgegangen, dass sich BL auf der Basis der anlaufenden Diskussionen betr. "Abgeltung von Zentrumsleistungen" in einem grösseren Ausmass als bisher an den Aufwendungen für die klinische Lehre und Forschung des Kantons BS beteiligt (Festlegung einer separaten Kostenpauschale bereits für das Jahr 1993)."

Der Regierungsrat BL hat jedoch am 1. Dezember beschlossen, die Verhandlungen für eine Interimslösung ohne finanzielle Vorleistungen zu führen, im Sinne einer befristeten Verlängerung des bestehenden Abkommens. Am 8. Dezember verwarf die Basler Regierung diesen Vorschlag, so dass ab 1. Januar 1993 der vertragslose Zustand beginnt.

2. Basel-Stadt erwartete für die vorgeschlagene Interimslösung höhere Beiträge von Basel-Landschaft, und zwar wie folgt:

- zusätzliche Abgeltung eines Investitionskostenzuschlages für KUVG-Patienten: ca. 1,7 Mio Franken pro Jahr
- zusätzliche Abgeltung für FZ-Patienten (statt Kostensatz der Referenzspitäler, VESKA-Durchschnittskosten des leistungserbringenden Spitals): ca. 3 Mio Franken pro Jahr

- separater Abschluss eines Spitalabkommens (aufgrund der bisherigen Verhandlungen unbestrittener Punkt): ca. 1 Mio Franken pro Jahr
- Das Begehren um eine höhere Kostenbeteiligung an den Aufwendungen für die klinische Lehre und Forschung des Kantons BS im Umfange einer Verdoppelung für 1993 (d.h. ca. zusätzliche 10 Millionen Franken) hat der Regierungsrat bereits am 15. September abgelehnt mit dem Hinweis, dass über eine Erhöhung der BL-Beiträge nur im Zusammenhang mit den Beiträgen an die Gesamt-Universität verhandelt werde.

Für die Interimslösung wären Basel-Landschaft 1993 gesamthaft Mehrkosten von 15,7 Mio Franken entstanden.

3. Die von der Basler Sanitätsdirektorin am 28. August 1992 schriftlich unterbreitete Verhandlungsposition hinsichtlich einer zukünftigen Kostenabgeltung im Spital- und Spitalschulbereich beinhaltet für 1993 insgesamt eine um ca. 20 Mio Franken jährlich erhöhte Leistung von Basel-Landschaft, inkl. zusätzliche 10 Mio Franken für die klinische Lehre und Forschung). Die separate Kostenpauschale für die Abgeltung der Aufwendungen für die klinische Lehre und Forschung sieht aber eine weitere Beitragssteigerung für 1994: + 5 Mio Franken / 1995: + 5 Mio Franken vor (total 1993 - 1995 zusätzlich 20 Mio Franken zu den heutigen ca. 10 Mio Franken).
4. Der Regierungsrat hat sich wiederholt für die Erhaltung der Medizinischen Fakultät als regionale Ausbildungsstätte für Ärzte ausgesprochen. Die Kantonsspitäler sind bereits seit Jahren mit beträchtlichen Leistungen in der Ausbildung von Assistenzärzten und Praktikanten aktiv. Die Qualität und den Ruf unserer Kantonsspitäler ist bekanntlich direkt abhängig von der Tätigkeit erstklassiger Chefärzte, die in erster Linie aus den akademischen Lehrern und Nachwuchskräften rekrutiert werden.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass das Spitalabkommen von Basel-Stadt aus gekündigt wurde. An der Pressekonferenz wurde auch nicht gesagt, dass Baselland den Status quo weiterführen wollte. Die Konkurrenz zum Basler Kantonsspital erfolgt auch weniger durch unsere eigenen Spitäler als vielmehr durch die in Basel domizilierten Privatspitäler.

**VERENA BURKI:** Wissen die Basler das überhaupt? Seitens eines Chefarztes hat sie nämlich etwas ganz anderes gehört.

**WERNER SPITTELER:** Natürlich ist dies in Basel bekannt.

**PETER BRUNNER:** Es wird von 15 Mio Mehrkosten geredet. Was würde es bedeuten, wenn man auf die von Basel-Stadt vorgeschlagene Lösung eingetreten wäre?

**WERNER SPITTELER:** Es handelt sich hier nicht um die Forderungen an die Krankenkassen, sondern um jene an unseren Kanton.

**ELSBETH SCHNEIDER:** Wird mit Basel-Stadt trotzdem weiterverhandelt, um eine Kostensteigerung verhindern zu können?

**WERNER SPITTELER** ist sehr für weitere Verhandlungen. Die Doppelspurigkeiten werden aber in Basel-Stadt selbst geschaffen.

#### **4. Andrea Strasser Köhler: Flüchtlinge aus Bosnien**

*Es sieht danach aus, als ob der Bundesrat bereit sei, vom Völkermord bedrohte bosnische Vertriebene aufzunehmen.*

*Ich frage den Regierungsrat an, ob er und dadurch unser Kanton, falls Flüchtlinge kommen können, eine grosszügige Haltung einnehmen wird und sich bereit erklärt, alle Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und damit zu zeigen, dass unser Kanton seine humanitären Pflichten ernst nimmt.*

*Kann der Regierungsrat dafür sorgen, die Vertriebenen nach Möglichkeit so unterzubringen, dass sie an einem Ort leben können, wo sie ihr Essen selber zubereiten können, d.h. dass sie wenn möglich nicht lange im Durchgangszentrum stationiert bleiben?*

*Ist es möglich, dass diesen Menschen, die in einer unmenschlichen hoffnungslosen Situation sind, eine Betreuung zur Verfügung gestellt wird. Es müsste eine **bosnisch sprechende** Begleitperson sein, die stundenweise bei den Flüchtlingen sein könnte, damit diese Menschen mit jemandem in ihrer Sprache reden können.*

*Bosnisch sprechende Leute sind in der Umgebung zu finden.*

**WERNER SPITTELER:** Es ist noch nicht entschieden, dass Flüchtlinge aus Bosnien überhaupt zu uns kommen. Wenn dem so ist, sind wir verpflichtet, 180 Flüchtlinge in unserem Kanton aufzunehmen. Der Bund hat - dies eine weitere Schwierigkeit - die Betreuerstellen gestrichen. Man versucht nun, Arbeitslose für diese Aufgabe einzusetzen. Dem Anliegen von Frau Strasser wird man weitgehend Rechnung tragen können.

#### **5. Peter Brunner: Steuergeldverschleuderung?**

*In Kürze sollen sämtliche Fahrzeuge (Lastwagen, Lieferwagen, Busse und Personenwagen) der Bau- und Umweltschutzdirektion umgespritzt werden. Das heutige und bestehende Signet soll entfernt und durch einen neuen Baselbieterstab inkl. Beschriftung ersetzt werden.*

**Fragen an den Regierungsrat:**

1. *Wieweit trifft der Sachverhalt zu, dass bei allen Fahrzeugen der Bau- und Umweltschutzdirektion das bestehende Signet durch ein neues ersetzt werden soll?*
2. *Wenn ja, wie hoch sind die voraussehbaren Kosten dieser Aktion, ist dies bei der angespannten finanziellen Situation des Kantons verantwortbar und was sind die Gründe für das neue Signet?*

**REGIERUNGSRAT EDUARD BELSER:** Die einheitliche Kennzeichnung geht zurück auf die Bildung der neuen (d.h. Bau- und Umweltschutz-) Direktion. Man hat

einen Auftrag der GPK erhalten, die Amtsfahrzeuge des Kantons entsprechend zu bezeichnen. Jetzt ist es nun soweit; das Konzept liegt vor. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt rund 70 000 Franken. Fahrzeuge, welche in den nächsten Jahren ausgeschieden werden, sollen nicht mehr neu beschriftet werden. Etwas wesentliches ist auch die Beschriftung der Gebäude, welche in diesem Betrag eingeschlossen ist. Man wird durch diese neue Kennzeichnung in Zukunft einiges an Kosten einsparen können.

Damit ist die Fragestunde erledigt.

*Für das Protokoll:  
Hans Artho, Protokollsekretär*

\*

Nr. 1118

**4a. 92/281  
Postulat der Grünen Fraktion vom 16.  
Dezember 1992: Übergangslösung für  
Spital-Freizügigkeit**

**ROLAND MEURY:** Es macht keinen Sinn, immer wieder Aktivitäten zu entwickeln, welche uns in Sachzwänge führen. In unserer Region liegt Basel-Stadt nun einmal zentral. Die Grundlagen für die medizinische Fakultät dürfen nicht verschmälert werden. Er wünscht dies diesbezüglich darum keine voreiligen Schritte. Bezüglich der Rechtsgleichheit hofft er immer noch, dass die beiden Basel sich finden. Wir möchten auf keinen Fall, dass eine Art "Rechenschieber-Politik" betrieben wird. Zur Kostenneutralität: Wenn man die Bettenauslastung betrachtet, glaubt er nicht, dass dies einfach so glatt über die Bühne geht. Er hofft, mit diesem Postulat dem Regierungsrat für die weiteren Verhandlungen den Rücken stärken zu können. Mit der Ueberweisung des Vorstosses geben wir auch ein Signal an die Adresse von Basel-Stadt.

REGIERUNGSRAT **WERNER SPITTELER:** Wenn der Regierungsrat das Postulat entgegennehmen und gleichzeitig abschreiben will, dann ganz einfach, weil man weiter verhandeln möchte. Basel-Stadt hat keine Einzellösung akzeptiert. Dass die Planung einer dauernden Revision unterworfen ist, ist ganz klar. Auch das Umfeld in dieser Planung ist einem ständigen Wandel unterworfen. Baselland weist insgesamt rund 500 000 Pflagetage auf. Im Vergleich dazu sind die 13`000 Pflagetage in Basel eben nur ein kleiner Anteil. Die Freizügigkeit im Kinderspital können wir bei uns auffangen. Wir sich keine Zusatzversicherung leisten kann, kann sich durchaus auch in eines unserer eigenen Spitäler begeben, deren Standard sich ja ebenfalls laufend verbessert. Dass die Aufgabe der Freizügigkeit ein Rückschritt ist, muss nicht speziell erwähnt werden. Ziel wäre immer noch, diese Freizügigkeit für das ganze Gebiet der Nordwestschweiz zu erreichen.

**PETER JENNY:** Wenn der Regierungsrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben, kann er zustimmen. Er hat sich gegen die Dringlichkeit ausgesprochen, weil er diese Begehren ohnehin als eine Selbstverständlichkeit erachtet hat. Die Frage stellt sich einfach, ob man die Freizügigkeit zu diesem Preis erkaufen will. Wir befinden uns nicht in einer "Katastrophen-Situation", sondern diese Situation ist einfach etwas unbequemer. Ueber eine gewisse Einengung der Spitalkapazitäten kann man durchaus

diskutieren, denn eine solche dient auch der Kosteneindämmung. Dass die medizinische Fakultät vermehrt Schwierigkeiten erhält, ist ebenfalls klar. Politische Kreise signalisieren aber eigentlich, dass man diese Fakultät eher als Last empfindet. Der Regierungsrat ist auf jeden Fall verpflichtet, etwas zu unternehmen.

://: Ohne Gegenstimme wird der Ueberweisung des Postulates zugestimmt.

**ROLAND MEURY** stellt den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben, sondern vorläufig stehen zu lassen. Es ist ein Unterschied, wenn der Regierungsrat in die nächsten Verhandlungen einsteigen kann mit dem Wissen, vom Parlament den Rücken gestärkt zu haben.

://: Mit 36 : 29 Stimmen wird beschlossen, das Postulat nicht abzuschreiben.

LANDRATSPRÄSIDENT **BRUNO WEISHAUP:** Wir sind damit am Schluss der heutigen Sitzung angelangt, gleichzeitig der letzten in diesem Jahr. Für die intensive Arbeit im Rat möchte er den Mitgliedern an dieser Stelle seinen herzlichen Dank aussprechen. Dank gebührt auch den Mitgliedern der Regierung für die stets loyale Zusammenarbeit, den Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz zum Wohl unseres Kantons, nicht zuletzt aber vor allem auch den Mitarbeitern der Landeskanzlei mit den beiden Landschreibern an der Spitze. Danken möchte er an dieser Stelle auch dem Abwart, Heinz Rudin, für die schicke Weihnachtsdekoration.

Er wünscht den Ratskolleginnen und Kollegen besinnliche Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

*Für das Protokoll:  
Hans Artho, Protokollsekretär*

\*



**Die nächste Landratssitzung findet statt  
am**

**11. Januar 1993**

\*

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

**Im Namen des Landrates**

**der Präsident:**

**der Landschreiber:**

**Korrigenda**

Korr. 1, Seite 1738, Beschlüsse  
"... Position 310.90-1 Anschaffungen Bücher ect. und  
310.90-2 Anschaffungen Audiovisuelle Medien" ...

Korr. 2, Seite 1738, Beschlüsse  
"... Position 310.90-1 Anschaffungen Bücher ect. und  
310.90-2 Anschaffungen Audiovisuelle Medien," ...

(Bürobeschluss Nr. 303 vom 11. Januar 1993)